

■ War die Verfolgung der Juden auch in Frankreich wirklich von Anfang an Bestandteil deutscher Besatzungspolitik? Stimmt die Argumentation einiger jüngerer Arbeiten, die sich damit gegen das Bild einer zumindest im Westen „sauberen“ Wehrmacht richten? Oder wird bislang nicht vor allem die Rolle des deutschen Botschafters in Paris, Otto Abetz, sträflich unterschätzt, dessen Behörde neben Militärverwaltung und Reichssicherheitshauptamt in den Jahren 1940 bis 1942 entscheidende Bedeutung für die Besatzungspolitik gewann? Barbara Lambauer vom Centre d'Histoire de Sciences Po, Paris, hat zu diesen Fragen in deutschen und französischen Archiven neues und überraschendes Material entdeckt. ■

Barbara Lambauer

Opportunistischer Antisemitismus

Der deutsche Botschafter Otto Abetz und die Judenverfolgung in Frankreich (1940–1942)

Parallel zur vieldiskutierten Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung über Verbrechen der Wehrmacht hat sich die historische Forschung sehr intensiv mit dem Einsatz der deutschen Armee in den besetzten Gebieten im Osten Europas beschäftigt. Analog dazu entstanden einige Arbeiten über die Rolle der Wehrmacht in Westeuropa, vor allem in Frankreich, die sich gegen das verbreitete Geschichtsbild einer dort „anständigen“ Wehrmacht richteten. Sie kamen zur Schlussfolgerung, dass die These eines Ost-West-Gefälles bei der Behandlung besetzter Länder zurückgewiesen und die Beteiligung der Wehrmacht an Kriegsverbrechen bzw. Judenverfolgung auch für Westeuropa betont werden muss¹. Was Frankreich anbelangt, wurde der deutschen Militärverwaltung eine Schlüsselrolle bei der steigenden Radikalisierung des Besatzungsregimes ab Sommer 1941 sowie bei der Verfolgung der Juden zugesprochen².

Aber waren die Vorgaben und Einstellungen der deutschen Militärs in Frankreich wirklich dieselben wie an der Ostfront? War es auch die Wehrmacht selbst, die in diesem Bereich tätig wurde? Und vor allem: War die Verfolgung der französischen Juden von Anfang an Bestandteil der deutschen Besatzungspolitik? Diese Fragen sowie jene nach den Anfängen des deutsch-französischen

¹ Vgl. Ahlrich Meyer, *Die deutsche Besatzung in Frankreich, 1940–1944. Widerstandsbekämpfung und Judenverfolgung*, Darmstadt 2000, S. 19; Regina M. Delacor, Einführung, in: Dies., *Attentate und Repressionen. Ausgewählte Dokumente zur zyklischen Eskalation des NS-Terrors im besetzten Frankreich 1941/42*, Stuttgart 2000, S. 5–60; zum Teil auch Ulrich Herbert, *Die deutsche Militärverwaltung in Paris und die Deportation der französischen Juden*, in: Ders. (Hrsg.), *Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939–1945*, Frankfurt a. M. 1998, S. 170–208.

² So in besonderem Maße bei Delacor, Einführung, in: Dies., *Attentate, die für 1941 von blutigem „Terror als Herrschaftsstrategie im Weltanschauungskrieg“ spricht, der im Westen stattgefunden habe* (S. 30), bzw. von „osteuropäischen Bezugspunkten auch in der in Frankreich applizierten deutschen Besatzungs- und Repressionspolitik“ (S. 52).

Zusammenwirkens bei der Judenverfolgung stehen im Zentrum des folgenden Beitrages, wobei sich ein besonderes Augenmerk auf die Rolle der deutschen Botschaft richtet. Ihr wird in der deutschen wie in der französischen Geschichtsschreibung bislang nur relativ wenig Bedeutung beigemessen. Die Person des Botschafters, Otto Abetz, bleibt obskur und vor allem in ihrer Bedeutung unterschätzt: Historiker zögern offensichtlich sehr, sie nach den Arbeiten von Eberhard Jäckel, der ihr nur wenig Gewicht beimessen wollte³, ernst zu nehmen. Auch eine in Deutschland erschienene Biographie über Abetz hat daran nichts geändert⁴.

Zum Verständnis der besonderen Rolle, welche die deutsche diplomatische Vertretung in den ersten Jahren der Okkupation in Frankreich gespielt hat, ist ein rascher Blick auf die Konstellation der deutschen Dienststellen in Paris unentbehrlich. Die deutsche Besatzung dort wies nämlich mehrere Spezifika auch gegenüber anderen besetzten Ländern Westeuropas auf. Die oberste (militärische) Befehlsgewalt lag beim Militärbefehlshaber in Frankreich (MBF)⁵. Bis Herbst 1940 nahm Generalfeldmarschall Walther von Brauchitsch, Oberbefehlshaber des Heeres, diese Funktion ein, dann Otto von Stülpnagel, der schließlich im Frühjahr 1942 von seinem Cousin Karl Heinrich von Stülpnagel, bis dahin Vorsitzender der Waffenstillstandskommission in Wiesbaden, abgelöst wurde. Ein großer Teil der beim MBF tätigen Militärs hatte bereits am Polenfeldzug teilgenommen und war zweifellos über die dort nach dem Einmarsch begangenen Kriegsverbrechen zumindest informiert⁶. Deren Wiederholung sollte wohl für Frankreich vermieden werden, weshalb sich der Vertreter des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) in Paris, SS-Sturmbannführer Dr. Helmut Knochen, vorerst mit einem relativ kleinen Einsatzkommando und einem bescheidenen Aufgabebereich zufrieden geben, zudem ohne eigene Exekutivkräfte auskommen und sich bei Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen der Geheimen Feldpolizei des Militärbefehlshabers in Frankreich bedienen musste und damit auf dessen Zustimmung angewiesen war⁷. Knochens Rolle blieb in den ersten Monaten der Besatzung weitgehend auf nachrichtendienstliche Belange beschränkt. Er bekam jedoch ab September 1940 Verstärkung durch

³ Vgl. Eberhard Jäckel, *Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 1966.

⁴ Sie richtet ihr Hauptaugenmerk bezeichnenderweise auf die dreißiger Jahre, während die Pariser Besatzungszeit sehr knapp behandelt wird: Vgl. Roland Ray, *Annäherung an Frankreich im Dienste Hitlers? Otto Abetz und die deutsche Frankreichpolitik 1930–1942*, München 2000.

⁵ Eine umfassende Darstellung der Dienststellen des Militärbefehlshabers in Frankreich stammt aus den sechziger Jahren; vgl. Hans Umbreit, *Der Militärbefehlshaber in Frankreich, 1940–1944*, Boppard a. R. 1968.

⁶ Vgl. Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002, S. 449.

⁷ Vgl. Umbreit, *Militärbefehlshaber*, S. 107f., sowie Bernd Kasten, *Zwischen Pragmatismus und exzessiver Gewalt. Die Gestapo in Frankreich 1940–1944*, in: Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.), *Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg*, Darmstadt 2000, S. 363.

einen eigenen Judenreferenten, Theodor Dannecker, und konnte bis 1942 seine Dienststelle von anfangs 10 auf über 200 Mitarbeiter ausbauen⁸.

Wehrmacht und RSHA, die im Osten die beiden zentralen Akteure der deutschen Besatzung stellten, wurden in Frankreich mit einer dritten Behörde konfrontiert, die der Militärverwaltung auf politischer Ebene sehr schnell ihren Vorrang streitig machte und deren Bedeutung für die deutsche Besatzungspolitik im besetzten Westeuropa wohl einzigartig war: die deutsche Botschaft unter der Leitung von Otto Abetz⁹.

Ein ungewöhnlicher Diplomat

Abetz war kein Unbekannter mehr, als er am 15. Juni, dem Tag nach der Besetzung der französischen Hauptstadt, dort eintraf. Der junge Zeichen- und Biologielehrer, der vor dem Eintritt in die Dienste Ribbentrops 1934 an einem Karlsruher Mädchengymnasium seinen knappen Lebensunterhalt verdient hatte, war bereits in den dreißiger Jahren auf der deutsch-französischen Bühne in Erscheinung getreten. In den Jahren vor 1933 fiel er als Initiator deutsch-französischer Jugendtreffen auf, die er in jährlichen Abständen zusammen mit dem Aristide Briand nahestehenden französischen Journalisten Jean Luchaire wechselweise in Deutschland und Frankreich organisierte. Dieses Engagement zugunsten der deutsch-französischen Verständigung zu einem Zeitpunkt, als in der deutschen Regierung von Verständigungspolitik schon längst nicht mehr die Rede war und an dem auch nationalsozialistische Jugendgruppen beteiligt waren, ermöglichte es Abetz, sich in kurzer Zeit ein beachtliches Netzwerk in Pariser politischen und intellektuellen Zirkeln aufzubauen, das ihm nach der nationalsozialistischen Regierungsübernahme von sehr großem Nutzen war. Denn nach anfänglichem Zögern konnte er letztlich sehr rasch an seine bisherigen Verständigungsbemühungen anschließen, freilich nicht ohne Anpassung an die außenpolitische Linie des neuen Regimes. Das erste Jugendtreffen nach der Machtübernahme wurde gegenüber den französischen Teilnehmern denn auch völlig unter das Zeichen der Kontinuität gestellt. Den deutschen Behörden präsentierte er das Vorhaben ganz anders. Um Abetz selbst zu zitieren: Angesichts dessen, dass „die auch in Frankreich um sich greifende antideutsche Greuelpropaganda Anlass gab, im Sinne der Aufforderung des Herrn Reichskanzlers alle Beziehungen zu ihrer Bekämpfung auszunützen, und da andererseits die Gefahr eines Umfalls der [...] in die Antiversaillesfront gewonnenen französischen [Jugend]-Verbände immer

⁸ Vgl. Kasten, Pragmatismus, in: Paul/Mallmann (Hrsg.), *Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg*, S. 364. Zu Dannecker vgl. Claudia Steur, *Theodor Dannecker. Ein Funktionär der „Endlösung“*, Essen 1997.

⁹ Im Rahmen einer auf französisch verfassten Doktorarbeit, die sich auf den Zeitraum 1930 bis 1958 bezieht, habe ich versucht, dem „Rätsel Abetz“ – nämlich der sehr ambivalenten Rolle, die er in den deutsch-französischen Beziehungen der dreißiger und vierziger Jahre spielte – auf den Grund zu gehen. Vgl. Barbara Lambauer, *Otto Abetz et les Français ou l'envers de la Collaboration*, Paris 2001.

akuter wurde“¹⁰, gehe es in erster Linie um die Rettung seiner Kontakte in Frankreich. Dies gelang Abetz auch und wurde ihm hoch angerechnet: 1934 wurde er Frankreichreferent der neugeschaffenen Dienststelle Ribbentrop und avancierte zu einem regelrechten Konkurrenten der Deutschen Botschaft, die sich durch seine paradiploatischen Agenden regelmäßig ins Abseits gedrängt sah. Seine Ausweisung aus Frankreich im Juli 1939 im Zusammenhang mit der Danzig-Krise erregte das Interesse Hitlers und stand am Anfang einer steilen Karriere als Diplomat des Dritten Reiches.

Auch die Stellung Otto Abetz' im besetzten Frankreich 1940 bis 1944 war für einen Diplomaten sehr ungewöhnlich. Ab 1938 mit dem diplomatischen Titel eines Gesandten versehen, wurde er im Juni 1940 zum Vertreter Ribbentrops beim Militärbefehlshaber in Frankreich. Nach seiner durch die Ausweisung ein Jahr zuvor umso triumphaleren Ankunft im deutschen Botschaftsgebäude in der Rue de Lille, dem Palais Beauharnais, entfaltete er sehr rasch eine aktive und auch eigenmächtige Tätigkeit, ohne sich im Geringsten um seine hierarchische Unterstellung gegenüber der Militärverwaltung zu kümmern. Spannungen vor allem mit deren Leitung wurden unvermeidlich. Denn sogleich nach seinem Eintreffen in der französischen Hauptstadt am 15. Juni ging es darum, sich einen Platz in der „Pariser Besatzungswelt“ zu sichern. Er bemühte sich um Wiederaufnahme seiner französischen Kontakte aus der Vorkriegszeit. Ein regelrechter Besucherstrom setzte daraufhin in die Rue de Lille ein und spiegelte sich teilweise auch in den Akten der Botschaft wider. Von Fahrgenehmigungen und Laissez-passer, aber auch Freilassungen von befreundeten kriegsgefangenen Franzosen bis zur Überwachung von bestimmten (ihm gegenüber denunzierten) Persönlichkeiten bzw. Ämtern reicht der Katalog der Abetz'schen Korrespondenz an die Militärverwaltung der ersten Tage und Wochen in Paris. Dabei sah er seine Rolle in der politischen bzw. propagandistischen Einwirkung auf die Bevölkerung, wobei er sich auf französische Vermittler aus seiner direkten Umgebung stützen wollte. Eines der Instrumente dazu war die französische Presse: Schon eine Woche nach seiner Ankunft in Paris forderte Abetz bei der Geheimen Feldpolizei Kräfte zur „Durchführung von Haussuchungen bzw. Beschlagnahmungen in verschiedenen Pariser Zeitungsdirektionen und Redaktionen“ an¹¹. Die Ziele, die er dabei verfolgte, waren von Anfang an offensichtlich. Denn tags darauf, am 23. Juni, sandte er ein Telegramm an die Wolfsschlucht, in dem er eine „Auswertung [der] Stimmung [der] französischen Bevölkerung [der] besetzten Gebiete gegen am Krieg verantwortliche Juden und von Engländern und Juden bestochene französische Politiker“ anregte, und zwar über eine Beschlagnahme ihres Besitzes mittels einer Verfügung des MBF¹². In diesem Sinne hatte er sich bereits mit dem Leiter der Verwaltungsabteilung beim Militärbefehlshaber in Paris, Kriegsverwaltungschef Dr. Harald Turner, in Verbindung gesetzt, der mit seinem

¹⁰ Denkschrift Otto Abetz' vom 3. 5. 1933 an Botschaftsrat Forster, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig: PA-AA), Deutsche Botschaft Paris (DBP), 1050/1.

¹¹ Schreiben Abetz' an die Geheime Feldpolizei (Abschrift), 22. 6. 1940, in: PA-AA, DBP, 1280.

¹² Abetz an Baumschule, Wolfsschlucht (Abschrift), 23. 6. 1940, in: Ebenda.

Vorschlag einverstanden war, allerdings in Anbetracht der „ihm in Holland und Belgien auferlegten Zurückhaltung gegenüber jüdischem Eigentum“ eine Entscheidung aus dem Führerhauptquartier erwartete.

Doch noch kam es zu keiner systematischen Enteignung jüdischen Eigentums. Außer in einem anderen Zusammenhang, bei dem die Anregung auch vom Botschafter auszugehen schien: Am 30. Juni 1940 unterrichtete Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel den Militärbefehlshaber von Paris von einer Anordnung des Führers, die „nach Vortrag des Herrn Reichsaußenministers“ getroffen worden war (was eine Intervention Abetz' nahelegt), dass nämlich neben den französischen staatlichen Kunstschätzen auch die in „privatem, vornehmlich jüdischem Besitz“ befindlichen Kunst- und Altertumsgegenstände „vor Verschleppung bzw. gegen Verbergung“ bewahrt und darum „sichergestellt“ werden sollten¹³. Keitel zufolge handelte es sich lediglich um ein „Pfand für die Friedensverhandlungen“ (so lautete die offizielle Sprachregelung); doch damit wurde der Kunstraub in Frankreich eingeleitet, der in den ersten Wochen von der Botschaft aus koordiniert wurde. Der Vertreter des Reichsaußenministers meldete sich auch sehr rasch bei den Militärs, um auf die Durchführung der Anordnung zu drängen „und die wertvollsten Werke in die Deutsche Botschaft Paris zu überführen“¹⁴. Nach anfänglicher Beteiligung der Geheimen Feldpolizei wurde die Aktion am 17. Juli der Kolonne des Eberhard Freiherrn von Künsberg, Legationssekretär des Auswärtigen Amtes und gleichzeitig Feldpolizeidirektor, übertragen¹⁵. Am 29. August schickte Abetz umfangreiche Listen über den beschlagnahmten staatlichen und jüdischen Kunstbesitz nach Berlin¹⁶.

„Sehr dringend: Antisemitische Sofortmaßnahmen“

Die Sicherstellung von jüdischem (und staatlichem) Kunstbesitz blieb nicht die einzige Anregung, die Abetz seinen Vorgesetzten unterbreitete. Offensichtlich stellte antisemitische Politik einen nicht zu vernachlässigenden Teil der Agenda dar, die er als wichtig für seine Tätigkeit in Paris empfand. Mit dieser Position schien er aber weitgehend allein zu stehen. Denn wie wir im Folgenden sehen werden, standen Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung im Sommer 1940

¹³ Geheimschreiben Keitels an Alfred von Bockelberg (Abschrift), 30. 6. 1940, in: Archives Nationales Paris, AJ 40, Band 1366, dossier 2.

¹⁴ Abetz an Militärbefehlshaber Paris (Abschrift), 1. 7. 1940, in: Centre de documentation juive contemporaine, Paris (künftig: CDJC), LXXI-7, Hervorhebung im Original.

¹⁵ Schreiben Abetz' an Turner, Militärverwaltung Paris, (Abschrift), 17. 7. 1940, in: Archives Nationales Paris, AJ 40, Band 1673, dossier 16. – Die Kolonne Künsberg hatte sich bislang auf die Beschlagnahme von Regierungsakten der besetzten Gebiete (Polen, Skandinavien, Holland, Belgien und Frankreich) für das Auswärtige Amt konzentriert.

¹⁶ Abetz an Ribbentrop, 29. 8. 1940, in: PA-AA, R 29587 (MF 281). Mehr zu den Aktivitäten der Kolonne Künsberg nach der Besetzung Frankreichs (Beschlagnahme von wertvollem Aktenmaterial der französischen Ministerien, sowie ab Mitte Juli von französischen öffentlichen und privaten Kunstschätzen), in: Lambauer, Abetz, S. 148–165, sowie bei Anja Heuss, Kunst- und Kulturgutraub. Eine vergleichende Studie zur Besatzungspolitik der Nationalsozialisten in Frankreich und in der Sowjetunion, Heidelberg 2000.

sicherlich nicht auf der Tagesordnung der deutschen Besatzungspolitik. Diesbezügliche Initiativen gingen ohne expliziten Auftrag von Abetz persönlich aus.

Dass sie gelingen konnten, hängt auch mit der Situation der französischen Regierung im Juni und Juli 1940 zusammen. Deren Kontakte zur deutschen Besatzungsmacht beschränkten sich auf die Waffenstillstandskommission, die in Wiesbaden zusammentrat. Noch ganz unter dem Schock des Zusammenbruchs stehend, befand sich die Regierung von Marschall Pétain weitgehend isoliert in dem unbesetzten Vichy und war völlig machtlos, was den besetzten Teil Frankreichs anging. Aus der Ferne verfolgte sie die Einrichtung der deutschen Besatzungsbehörden und blieb im Ungewissen über die Pläne Berlins in Frankreich und vor allem in der besetzten Zone. Zahlreich waren die konkreten Fragen, welche der Generaldelegierte der Vichy-Regierung in Paris ohne Erfolg vor Ort zu klären suchte: Sie reichten von der Rückkehr der Regierung nach Paris, den Besatzungskosten, den französischen Kriegsgefangenen (zwei Millionen Männer, die gerade nach Deutschland abtransportiert wurden) bis zur Aufhebung der Demarkationslinie. Verschiedene, auch widersprüchliche Nachrichten trafen von den wenigen Personen ein, die diese Linie überschreiten durften: Gerüchte über politische Machenschaften in der besetzten Zone, etwa die Bildung einer den Deutschen genehmen Regierung in Paris mit kollaborationsfreudigen Franzosen¹⁷. Um solchen Entwicklungen entgegenzuwirken, versuchten die Mitglieder der Regierung auf ihre Weise, mit den Besatzern in Kontakt zu kommen: Außenminister Paul Baudouin ließ Ribbentrop über seine Botschaft in Madrid wissen, dass er zu Verhandlungen bereit sei; der ehemalige Außenminister Georges Bonnet und der Abgeordnete Pierre-Etienne Flandin begaben sich persönlich nach Paris, um Abetz, den beide aus der Vorkriegszeit kannten, aufzusuchen¹⁸.

Natürlich ging es dabei meist auch darum, die eigene politische Position zu festigen. Dieses Motiv spielte eine wichtige Rolle beim Vizepräsidenten des französischen Ministerrats Pierre Laval, der nach der von ihm maßgeblich beeinflussten Abstimmung in der Nationalversammlung vom 11. Juli, die Marschall Pétain mit allen nötigen Vollmachten ausstattete, nun nach einer Konsolidierung seiner persönlichen Machtstellung strebte. In Lavals Bekanntenkreis fanden sich mehrere ehemalige Verfechter der deutsch-französischen Verständigung, die bereit waren, für ihn ein Wort beim Vertreter des deutschen Außenministers in Paris einzulegen. Dabei handelte es sich in erster Linie um Mitglieder des von Abetz 1935 in die Wege geleiteten *Comité France-Allemagne*: Gaston Scapini, Gaston Henry-Haye, Fernand de Brinon sowie Jean Luchaire, Jean Fontenoy und Bertrand de Jouvenel, die seit mehreren Jahren freundschaftliche Beziehungen zu Abetz unterhielten.

Tatsächlich telegraphierte Abetz am 14. Juli nach Berlin, dass Laval einem „Vertrauensmann in Vichy“ mitgeteilt habe, am darauffolgenden Freitag nach Paris kommen und „Fühlung“ mit der deutschen Botschaft aufnehmen zu wol-

¹⁷ Diese gespannte Atmosphäre in Vichy ist beschrieben im Tagebuch von Marcel Déat, in: Archives Nationales Paris, Marcel Déat: Journal de Guerre, F7 15342, Juni-Juli 1940.

¹⁸ Vgl. Lambauer, Abetz, S. 166.

len¹⁹. Laval fragte an, ob ein Zusammentreffen mit Generalfeldmarschall Göring möglich sei, und habe sich auch zu seinen innenpolitischen Plänen geäußert: So wolle er eine französische Einheitspartei bilden und bereite ein Gesetz vor, das Juden den Staatsdienst verbiete. Ein solches Gesetz wurde in der Tat zwei Tage später von der französischen Regierung erlassen, gefolgt von einem weiteren, das die Einbürgerungen seit 1927 revidierte und damit ungefähr 6000 Juden betraf²⁰. Die Ankündigungen Lavals, gefolgt von konkreten Umsetzungen durch die französische Regierung in Vichy, waren ein erstes Signal, vor allem auch in Richtung der deutschen Besatzungsmacht, um Distanz zur Dritten Republik und eine Annäherung an das deutsche System anzudeuten.

Am 19. Juli begab sich der Vizepräsident in das besetzte Paris, um Abetz zu einem ersten Gespräch zu treffen. Die beiden Männer verstanden sich auf Anhieb. Laval erläuterte die Grundprinzipien seiner Politik und seinen Willen zur Zusammenarbeit mit den Deutschen; Abetz konnte mehrere Anregungen anbringen, auf die Laval in der Folge eingehen sollte. Zu ihrem Verbindungsmann wurde Fernand de Brinon. Dieser kehrte schon am 25. Juli in die Botschaft zurück und berichtete, dass er von Laval beauftragt worden sei, „alle Fragen zu studieren betreffend [der] Wiederaufnahme [der] Beziehungen mit Deutschland“²¹. Weiter sagte er, „dass Pétain mit [der] Politik Lavals völlig einverstanden“ sei, um dann mitzuteilen, dass die französische Regierung „alle bekannten Juden aufgefordert“ habe, Vichy zu verlassen. Die Judenfrage hatte damit zweifellos einen wichtigen Platz in den Gesprächen zwischen Abetz und Laval eingenommen, und es ist davon auszugehen, dass ersterer dem Franzosen ein verschärftes Vorgehen empfohlen hatte.

Abetz war zu diesem Zeitpunkt bereits auf dem Weg nach Berchtesgaden. Die Frage schien Hitler zu interessieren, denn im Gespräch mit ihm, das sich um die deutsche Frankreichpolitik und verschiedene Aspekte der künftigen Arbeit Abetz' in Frankreich drehte, war offensichtlich auch vom Schicksal der dortigen Juden die Rede. Der „Führer“ kündigte zum ersten Mal seine Absicht an, „nach dem Kriege sämtliche Juden aus Europa zu evakuieren“²². Diese Mitteilung beeindruckte Abetz und bestärkte ihn in seinen eigenen Vorhaben. Und dennoch, bei seiner Ernennung zum Botschafter (als 37-jähriger gehörte er damit zu den jüngsten Diplomaten dieses Ranges) wenige Tage danach ist von Aufgaben im Bereich der „Judenfrage“ nicht ausdrücklich die Rede. Sein Tätigkeitsbereich erstreckte sich Ribbentrop zufolge auf die „Behandlung aller politischen Fragen im besetzten und unbesetzten Frankreich“: Beratung der militärischen Stellen, ständiger Kontakt mit der französischen Regierung in Vichy, Einflussnahme auf das politische Leben „in dem von uns gewünschten Sinne“, etwa über Presse, Rundfunk

¹⁹ Abetz an Ribbentrop, 14. 7. 1940, in: PA-AA, R 29587 (MF 280). Vgl. auch Corinna Franz, Fernand de Brinon und die deutsch-französischen Beziehungen 1918–1945, Bonn 2000, S. 217 f.

²⁰ Michael R. Marrus/Robert O. Paxton, Vichy et les Juifs, Paris 1981, S. 18.

²¹ Schleier an Ministerbüro, 25. 7. 1940, in: Akten der Deutschen Auswärtigen Politik (künftig: ADAP), Serie D, Band X, Frankfurt a. M 1963, Dok. 226.

²² Mitteilung Martin Luthers, Abt. Deutschland, an Legationssekretär Rademacher, 15. 8. 1940, in: Ebenda, Dok. 345.

und das Propagandawesen im Allgemeinen²³. Dabei war der Botschafter dem Außenminister direkt unterstellt; er stand in keinerlei Abhängigkeitsverhältnis zur Militärverwaltung, was die Einzigartigkeit seiner Stellung begründete.

Abetz nahm die besagten Bemerkungen Hitlers dennoch sehr ernst und zeigte sich in Zukunft eifrig bestrebt, an der Vorbereitung der Evakuierungen aktiv teilzunehmen bzw. diese überhaupt erst einzuleiten. Am 17. August unterbreitete er anlässlich einer Besprechung mit Werner Best, Leiter der Abteilung Verwaltung innerhalb des Verwaltungsstabes des MBF, Vorschläge für Maßnahmen zur Behandlung der Juden im besetzten Gebiet. So sollten „mit sofortiger Wirkung keine Juden mehr in das besetzte Gebiet hereingelangen“, die Entfernung dort noch verweilender Juden vorbereitet²⁴ und außerdem geprüft werden, „ob das jüdische Eigentum [...] enteignet werden kann“²⁵. Für jüdische Geschäfte, Wirtschaftsbetriebe, Lagerbestände und Warenhäuser, deren Besitzer geflohen waren, waren nach diesem Plan zudem Treuhänder einzusetzen. Für die Verkaufserlöse jüdischer Güter sollte eine unter deutscher Kontrolle stehende, den Bedürfnissen der französischen Bevölkerung dienende Treuhandkasse geschaffen werden. Best schien von den Vorschlägen überrascht und kündigte erst einmal eine interne Prüfung ihrer Durchführbarkeit an, vor allem in Anbetracht der Haager Landkriegsordnung. Diese Feststellung ist wichtig: Es handelte sich also keinesfalls um von Best selbst unterbreitete Vorschläge, wie etwa Ulrich Herbert und dann auch Ahlrich Meyer annahmen²⁶.

Der Botschafter wollte übrigens sichergehen, dass seine Vorschläge auch umgesetzt würden. Nachdem die Militärverwaltung offensichtlich keinerlei Anordnungen diesbezüglich bekommen hatte, richtete er drei Tage später, am 20. August, ein Telegramm an Ribbentrop: „Erbitte Einverständnis antisemitischer Sofortmaßnahmen, die späterer Entfernung [der] Juden gleichfalls aus nichtbesetztem Frankreich als Grundlage dienen können.“²⁷ Neben dem Verbot „jüdischer Rückwanderung über die Demarkationslinie“ forderte er hier auch eine „Meldepflicht im besetzten Gebiet ansässiger Juden“ sowie die „Kenntlichmachung“ jüdischer Geschäfte und die Einsetzung von Treuhändern für jüdische Betriebe. Besonders wichtig aber ist der Schlusssatz: „Die genannten Maßnahmen lassen sich mit dem Interesse [der] Sicherheit der deutschen Besatzungsmacht begründen und durch

²³ Ribbentrop an Keitel, 3. 8. 1940, in: Ebenda, Dok. 282.

²⁴ Der Ausdruck „Entfernung“ suggeriert aber noch keineswegs „Deportation“, wie etwa von Irmtrud Wojak angenommen. Vgl. Irmtrud Wojak, Eichmanns Memoiren. Ein kritischer Essay, Frankfurt a.M. 2001, S. 152.

²⁵ Aufzeichnung von Werner Best vom 19. 8. 1940, in: CDJC, XXIV-1.

²⁶ Vgl. Herbert, Die deutsche Militärverwaltung in Paris, S. 181 (zwar wird dort die Initiative des Botschafters erwähnt, dann aber doch zusammenfassend festgestellt, dass die Militärverwaltung die Entrechtung der französischen Juden „selbst in Gang gesetzt und beschleunigt“ habe); Meyer, Die deutsche Besatzung in Frankreich, S. 19; Ahlrich Meyer, „Nach dem Osten“: Die deutsche Militärverwaltung und der Beginn der Deportation der Juden aus Frankreich, in: Wolf Kaiser (Hrsg.), Täter im Vernichtungskrieg. Der Überfall auf die Sowjetunion und der Völkermord an den Juden, Berlin/München 2002, S. 186–203.

²⁷ Abetz an Ribbentrop, 20. 8. 1940, in: ADAP, Serie D, Band X, Dok. 368.

französische Behörden durchführen.“ Letzteres ist eine bemerkenswerte Ergänzung: Nachdem Abetz begriffen hatte, dass sich die Wehrmacht im Westen die Hände nicht schmutzig machen wollte²⁸, entsann er sich der guten Absichten Lavals und der Tatsache, dass auch in der französischen Regierung Antisemiten saßen, die ohne weiteres bereit waren, die antisemitische Politik zu verschärfen.

Wir berühren hier eine zentrale Frage der frühen Okkupationszeit in Frankreich, nämlich die der deutsch-französischen Interdependenz auf politischer Ebene. Wenn die Bereitwilligkeit Vichys zu einer antisemitischen Politik unbestreitbar ist und – wie Michael R. Marrus und Robert O. Paxton es ausdrücken – „jegliche Idee eines simplen deutschen Diktats summarisch zurückgewiesen werden kann“²⁹, so ist genauso wenig von einem völligen Fehlen deutschen Druckes auszugehen. Die Rolle der Mittelsmänner zwischen Abetz und Laval Anfang Juli, vor allem aber die Folgen der Anregungen Abetz' bei ihren ersten Treffen dürfen nicht unterschätzt werden. Beide Männer mussten sich ihren Platz im Machtgefüge von Paris und Vichy noch sichern und beide brauchten einander deshalb für ihre persönliche Erfolgsbilanz: Für Laval ging es darum, Kontakte zu den deutschen Machthabern zu knüpfen und erste Ergebnisse so rasch wie möglich präsentieren zu können. Für Abetz ging es darum, seinen tatsächlichen Einfluss auf die französische Regierung zu sichern und auch gegenüber den Vorgesetzten in Berlin unter Beweis zu stellen³⁰. Dass es sich dabei um einen Politikbereich handelte, der ursprünglich mit dem eines Diplomaten gar nichts zu tun hatte und wahrscheinlich auch gar nicht vorgesehen war, konnte bei Hitler nur den Eindruck der Tüchtigkeit und Schlagkraft des jungen Botschafters unterstreichen. Weder Abetz noch Laval hatten sich vor dem Krieg als Antisemiten gezeigt; beide aber waren ab 1940 bereit, die jüdische Bevölkerung in Frankreich für ihre politischen Ziele zu opfern.

Ribbentrop zog es übrigens vor, Abetz' Vorschläge direkt mit Hitler zu besprechen. Denn am Tag nach ihrem Eingang wurde dem Botschafter aus dem Büro des Reichsaußenministers mitgeteilt: „Über Anregung Ihres Telegramms [...], der man hier günstig gegenübersteht, wird höheren Orts entschieden werden.“³¹ Auch in der Pariser Militärverwaltung stand man den Vorschlägen inzwischen positiv gegenüber³². Am 29. August schließlich informierte Abetz Best, dass „der

²⁸ War Abetz informiert über die Vorgänge nach dem deutschen Einmarsch in Polen? Er hatte im September 1939 immerhin Ribbentrop im Gefolge Hitlers nach Polen begleitet. Vgl. Otto Abetz, *Das offene Problem. Ein Rückblick auf zwei Jahrzehnte deutscher Frankreichpolitik*, Köln 1951, S. 109–112.

²⁹ Marrus/Paxton, *Vichy*, S. 20.

³⁰ Abetz war der Partei erst 1937 nach großen Schwierigkeiten mit der Reichsstudentenföhrung beigetreten. Siehe dazu ausführlich Ray, *Annäherung*, S. 215–239.

³¹ Sonnleithner an Abetz, Fernschreiben Büro R[eichs]A[ußen]M[inister] vom 21. 8. 1941, in: Archives Nationales Paris, 3 W 347, bordereau 132/DJM.

³² Eine erste Stellungnahme durch Kriegsverwaltungsrat Mahnke zeigte sich noch weitgehend reserviert; vgl. Aufzeichnung vom 22. 8. 1940, in: CDJC, LXXV-70, doch schon am 26. 8. stellte Walter Bargatzky von der Rechtsabteilung des Verwaltungsstabes die Zulässigkeit der Maßnahmen fest, indem er einen gewissen Interpretationsspielraum bezüglich des auf Juden anzuwendenden Feindbegriffes sah (Aufzeichnung vom 26. 8. 1940, in: CDJC, XXIV-3). Einzig die

Führer angeordnet habe“, die von ihm am 20. August unterbreiteten Vorschläge „beschleunigt“ durchzuführen³³. Was die Einsetzung von Treuhändern in Betrieben, deren jüdische Besitzer geflüchtet waren, angehe, so sollten die französischen Behörden diesbezügliche Anweisungen erhalten.

Wenn wir bereits festgestellt haben, dass die Militärverwaltung von den Initiativen Abetz' überrascht wurde, so gilt dies wahrscheinlich auch für seine eigenen Vorgesetzten, denn warum sollten seine Vorschläge Hitler sonst vorgelegt werden? Hinzu kommt, dass sich trotz der positiven Entscheidung Hitlers die Durchführung der Maßnahmen aufgrund von Bedenken anderer Stellen verzögerte. Einerseits kamen diese von Görings Vertretern vor Ort, die bei Kennzeichnung jüdischer Betriebe eine negative Wirkung auf das Wirtschaftsleben der besetzten Zone befürchteten³⁴. Andererseits bestanden diese Bedenken im Auswärtigen Amt selbst, wo Unterstaatssekretär Martin Luther, Leiter der Abteilung Deutschland, Kontakt mit dem RSHA aufnahm, um eine Stellungnahme zu erwirken. Diese bekam er aber erst am 20. September, nachdem er seine Anfrage wiederholt hatte: Heydrich sprach sich für die Maßnahmen und deren Durchführung durch französische Behörden aus, allerdings unter der Bedingung einer „entsprechenden Einschaltung der Sipo“ und einer fortlaufenden Unterrichtung seiner selbst³⁵. Um dieses Feld nicht den diplomatischen Stellen zu überlassen, hatte er inzwischen seinen Mitarbeiter Theodor Dannecker nach Paris geschickt, der künftig als sogenannter Judenberater im Kommando von Knochen tätig sein sollte, seine Weisungen allerdings direkt von Adolf Eichmann aus Berlin erhielt³⁶.

Luther, alles andere als ein gemäßigter Antisemit, schickte die Antwort Heydrichs sogleich nach Paris weiter, fügte aber ein persönliches Schreiben hinzu, welches von seiner Skepsis in dieser Frage zeugt. So meinte er: „Die Zweckmässigkeit von Maßnahmen gegen Juden im besetzten Gebiet ist von hier aus nicht zu beurteilen. Es ist dabei zu bedenken, dass eine psychologische Vorbereitung vorhanden sein muss, um nicht das Gegenteil des gewünschten Erfolges zu erreichen.“³⁷ Offensichtlich schloss er letztere Möglichkeit nicht aus, denn er fügte hinzu: „Es wäre wünschenswert, dass die geplanten Maßnahmen erst von der Regierung in Vichy durchgeführt werden, damit diese verantwortlich zeichnet und beim Misslingen die Verantwortung trägt.“ Luthers Zeilen beweisen ein weiteres Mal, dass die Einleitung einer antisemitischen Politik 1940 in Frankreich noch keineswegs vorgesehen war und dass an ihrem Anfang weder das RSHA noch die Militärverwaltung stand, sondern der Vertreter Ribbentrops vor Ort, der diesen Bereich für seine persönliche Profilierung nutzte. Sie zeigen auch die Wichtigkeit, die man hier der Mitarbeit der französischen Regierung und ihrer Beamten beimaß, und

Zwangsenteignung verstieße gegen die Haager Landkriegsordnung und sollte darum „nach außen hin den Formen privatrechtlicher Übereignung“ folgen.

³³ Notiz von Werner Best vom 30. 8. 1940, in: CDJC, XXIV-5.

³⁴ Vgl. Marrus/Paxton, Vichy, S. 22.

³⁵ Schnellbrief Heydrichs an Luther, 20. 9. 1940, in: PA-AA, R 100869.

³⁶ Vgl. Wildt, Generation, S. 520 f.

³⁷ Luther an Abetz, 20. 9. 1940, in: CDJC, CXXVIa-91.

dies lange vor dem deutsch-französischen Treffen in Montoire, welches als Startpunkt für die französische Staatskollaboration gilt.

Denn die Pläne wurden wie vorgesehen umgesetzt. Am 27. September erließ der Militärbefehlshaber in Frankreich eine Verordnung, die den ersten Teil der Vorschläge Abetz' beinhaltet: Rückkehrverbot für geflüchtete Juden und Registrierung der sich in der besetzten Zone aufhaltenden Juden bis zum 20. Oktober bei den französischen Behörden. Diese reagierten sofort: Am 2. Oktober wurde in der Presse der besetzten Zone ein Aufruf der Präfekturen veröffentlicht, wonach die Registrierungen in den lokalen Polizeikommissariaten stattfänden. Der französische Beitrag erwies sich als äußerst nützlich: Nur wenige der Betroffenen weigerten sich; keine einzige jüdische Organisation rief zum Boykott auf³⁸. Dabei waren allein in Paris 85 664 französische und 64 070 nichtfranzösische Juden betroffen, die in vier verschiedene Karteien aufgenommen wurden: in alphabetischer Reihenfolge, nach Wohnort, nach Beruf und nach Staatsangehörigkeit. Diese Listen lieferten im Jahr darauf die nötigen Informationen für die Festnahme von 3700 Juden³⁹. Am 3. Oktober erließ die französische Regierung ihr eigenes Judenstatut, das eine strengere Definition als die Verordnung des MBF vorsah. Es schloss Juden aus dem öffentlichen Dienst und einer Reihe weiterer Berufe (etwa Journalisten und Freiberufler) aus. Ein weiteres französisches Gesetz vom 4. Oktober räumte den Präfekten die Möglichkeit ein, ausländische Juden in Speziallagern zu internieren. Außerdem wurden auf deutsche Aufforderung hin Personalausweise für französische Juden obligatorisch, auf deren Vorderseite zudem ein roter Stempel die jüdische Abstammung kenntlich machte. Der zweite Teil der Vorschläge von Abetz, nämlich die „Arisierung“ der jüdischen Betriebe, wurde über eine weitere Verordnung des MBF vom 18. Oktober verwirklicht: Sie sah die Ernennung von arischen Verwaltern in allen jüdischen Betrieben vor, unabhängig davon, ob die Besitzer geflohen waren oder nicht. Tags darauf verfügte die Polizeipräfektur von Paris die Kennzeichnung aller jüdischen Läden. Zur Durchführung der Verordnung vom 18. Oktober und wohl auch zur besseren Kontrolle bei der Einsetzung kommissarischer Verwalter bildete die Vichy-Regierung in der Folge eine eigene Dienststelle innerhalb des Produktions- und Arbeitsministeriums, den „Service de contrôle des administrateurs provisoires“ (SCAP)⁴⁰.

Nach diesen ersten „Errungenschaften“ vergaß Abetz seine Landsleute nicht: Am 1. Oktober wies er das Auswärtige Amt darauf hin, dass die „Lösung [der] Judenfrage im besetzten Gebiet Frankreichs“ auch eine „baldmögliche Regelung

³⁸ Vgl. Renée Poznanski, *Les Juifs en France pendant la Seconde Guerre mondiale*, Paris 1997, S. 57.

³⁹ Vgl. Serge Klarsfeld, *Le calendrier de la persécution des Juifs de France, juillet 1940–août 1942*, Paris, 2001, S. 38 (auch für die in der Folge aufgezählten französischen Gesetze: S. 29 u. S. 34).

⁴⁰ Über den SCAP ist derzeit eine Doktorarbeit an der Universität Konstanz (Martin Jungius) in Vorbereitung. Vgl. auch Jean-Marc Dreyfus, *Pillages sur ordonnances. Aryanisation et restitution des banques en France, 1940–1953*, Paris 2003; Philippe Verheyde, *Les mauvais comptes de Vichy. L'aryanisation des entreprises juives*, Paris 1999.

[des] Staatsangehörigkeitsverhältnisses Reichsdeutscher, [das heißt] zu Kriegsbeginn hier wohnhafter Juden [nötig mache], unabhängig davon, ob [eine] Internierung stattgefunden hat oder nicht“⁴¹. Offensichtlich fürchtete er, dass diese versucht sein könnten, nach Deutschland zurückzukehren. Er regte darum ein „Kollektivausbürgerungsverfahren auf Grund von hier im Einvernehmen mit [den] Hoheitsträgern erstellten Listen“ an, in welche „zunächst“ sogenannte Ex-Österreicher⁴² sowie reichsdeutsche Juden, „die durch Unterlassung [der] Meldepflicht gegen [das] Auslandsmeldegesetz [...] verstoßen haben“, aufgenommen werden sollten. Abetz fügte noch hinzu, dass die „vorstehend angeregte Maßnahme nur als erster Schritt zur Lösung [des] Gesamtproblems anzusehen“ sei: „Darf mir weitere Vorschläge vorbehalten.“ – Heydrich ordnete wenige Wochen später, am 30. Oktober 1940, an, dass Juden deutscher, ehemals österreichischer, polnischer oder tschechoslowakischer Staatsangehörigkeit, die sich in den besetzten Gebieten aufhielten, zu internieren und alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen seien, um der „Gefahr des Rückströmens“ nach Deutschland entgegenzuwirken⁴³.

Vom zentralen Judenamt zum Generalkommissariat für jüdische Fragen

Nach den ersten antijüdischen Maßnahmen ging es den Deutschen nun vor allem darum, diesen Bereich in möglichst wenigen Händen zu konzentrieren. Das RSHA vertrat Theodor Dannecker, der nun mit einem eigenen Referenten für Judenfragen an der Botschaft, Carltheo Zeitschel, zusammenarbeitete. Im Sinne einer gezielteren Einflussnahme strebten beide Anfang 1941 eine Konzentration der anti-jüdischen Politik auch auf französischer Seite an. Dannecker beobachtete mit steigender Unzufriedenheit die Durchführung der verschiedenen Verordnungen und Gesetze durch die französischen Behörden. Am 21. Januar verfasste er eine Aufzeichnung, in welcher er auf die „Riesearbeit“ hinwies, welche bis zur „Endlösung“ der „Judenfrage“, nämlich der „Gesamtabschiebung der Juden“⁴⁴ aus Frankreich, noch zu tun sei und deren Erfolg von „sorgfältigsten Vorbereitungen“ abhängen. Diese lägen im „Erkennen und Herauslösen der Juden aus allen Verflechtungen in den Lebensgebieten und im Staatsleben“, ihrer zentralen Verwaltung „bis zum Abschubtermin“, begleitet von einer „Berufsumschichtungaktion“⁴⁵. Die einzelnen Schritte seien aber nur über eine zentrale Leitung möglich, welche „raschestens ihre zielbewusste Arbeit“ aufnehmen müsse⁴⁶. Die „Verhältnisse“ in Frankreich zeichneten sich jedoch seiner Ansicht nach dadurch aus, dass die Mili-

⁴¹ Abetz an Auswärtiges Amt, 1. 10. 1940, in: PA-AA, R 29588 (MF 284).

⁴² Österreichische Juden, die ihre Pässe 1938 nicht in reichsdeutsche Pässe umgetauscht hatten.

⁴³ Wildt, *Generation*, S. 534.

⁴⁴ Im Gegensatz zu Irmtrud Wojak ist festzustellen, dass die Evakuierungspläne für die Juden in Frankreich bereits seit Anfang August 1940 zumindest dem Auswärtigen Amt als Ziel bekannt waren, und demzufolge nicht hier erstmals erwähnt werden. Vgl. Wojak, Eichmann, S. 145.

⁴⁵ Abschrift der Aufzeichnung von Theo Dannecker, 21. 1. 1941, in: CDJC, V-59.

⁴⁶ Hervorhebung im Original.

tärverwaltung zwar „gewissermaßen die Brücke geschlagen [hatte] zum Beginn des antijüdischen Ausschaltungswerkes“. Jedoch erfüllten die französischen Behörden „ausschließlich den Buchstaben des Gesetzes [...] – und das übrigens noch sehr schlecht!“. Ein „politisches Verständnis der Notwendigkeit einer Generalreinigung“ würden sie „überhaupt nicht kennen“. Egal um welchen Bereich es sich handelte, diagnostizierte Dannecker eine „dezentralisierte Kleinarbeit“: „Dass unter diesen Umständen eine klar ausgerichtete antijüdische Propaganda auch nicht möglich ist, dürfte einleuchten.“ Aus diesem Grunde müsse „allerschnellstens“ ein unter französischer Leitung, aber zugleich unter seiner Dienstaufsicht stehendes „zentrales Judenamt“ eingerichtet werden.

Die Einbindung der französischen Regierung in die Gründung eines solchen Amtes war eine wichtige Voraussetzung für ihr Gelingen. Die Vermittlung durch die deutsche Botschaft wurde dabei maßgebend. Um Danneckers Plan ausdrücklich zu unterstützen, richtete sie ein Schreiben an den SS-Brigadeführer Max Thomas, Beauftragter des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD für Frankreich und Belgien, dem das SD-Kommando in Paris dienstrechtlich unterstellt war. „Da es aus politischen Gründen notwendig ist, dass die Einrichtungen und Massnahmen des Zentraljudenamtes von Paris auch möglichst bald im unbesetzten Frankreich⁴⁷ Geltung finden“, kündigte Abetz seine Bereitschaft an, „bei nächster Gelegenheit [...] zwischen den Sachbearbeitern [sic!] des Zentraljudenamtes in Paris und den in Frage kommenden Sachbearbeitern der französischen Regierung eine Verbindung herzustellen“⁴⁸.

Der Zeitpunkt war tatsächlich nicht ungünstig. Eine sich über mehrere Wochen hinziehende Machtprobe zwischen der Botschaft und der französischen Regierung im Anschluss an die Entlassung Pierre Laval durch Marschall Pétain am 13. Dezember 1940 fand nach teilweise Einlenken Vichys Anfang Februar 1941 ein Ende. Eine neue Regierung, deren Zusammensetzung mit der Botschaft abgestimmt worden war, wurde unter der Leitung des Admirals François Xavier Darlan gebildet. Das Verhandlungsklima war für deutsche Forderungen umso günstiger, als sich Pierre Laval nun in der besetzten Zone niederließ: Seine Präsenz in der von den Deutschen kontrollierten Zone hing wie ein Damoklesschwert über Vichy, weil damit die Möglichkeit der Errichtung einer germanophilen „Gegen-Regierung“ ständig gegeben war⁴⁹.

Am 28. Februar 1941 fand in der Botschaft eine Besprechung über das zentrale Judenamt statt: Neben Otto Abetz nahmen seine Mitarbeiter Ernst Achenbach und Carltheo Zeitschel sowie Theodor Dannecker teil, der die bisherigen antisemitischen Maßnahmen zusammenfasste. Auf der Grundlage der im vorangegangenen Herbst durchgeführten Zählungen gäbe es in Paris etwa 65.000 jüdische Haushalte, sodass von einer Gesamtzahl von rund 200.000 Juden allein in Paris auszugehen sei, wovon drei Viertel nicht französischer Staatsangehörigkeit seien. In der von Zeitschel verfassten Aufzeichnung wurde dann die „hochinteressante

⁴⁷ Also nicht nur in der von den Deutschen kontrollierten besetzten Zone.

⁴⁸ Abetz an Dr. Thomas, 14. 2. 1941, in: CDJC, V-60.

⁴⁹ Vgl. Lambauer, Abetz, S. 305–313.

Eröffnung“ Danneckers vermerkt, dass im unbesetzten Gebiet „bereits über 40.000 Juden“ in Konzentrationslager interniert worden seien und weitere hinzukämen: „Ein Argument, das man neben der Sicherheit der Besatzungsarmee infolge der jüdischen Propaganda ins Feld führen kann, um den Militärbefehlshaber in Frankreich zu veranlassen, mit sofortiger Wirkung dem SD Vollmachten zur Inhaftierung aller Juden zu geben und darüber hinaus bei einem etwa schlagartigen Einsatz für einige Tage entsprechende Truppen zur Verfügung zu stellen.“⁵⁰ Tatsächlich waren in dieser Frage die Spannungen zwischen SD und Militärverwaltung seit Anfang des Jahres erheblich gestiegen. Ende Januar hatte Knochen bezugnehmend auf die Anordnung Himmlers vom 30. Oktober des Vorjahres ohne Erfolg um die Errichtung von Konzentrationslagern in der besetzten Zone nachgesucht⁵¹. Zeitschel regte in dieser Frage ein von Abetz persönlich an die Militärverwaltung gerichtetes Schreiben an, welches „vielleicht etwas energischer gehalten sein kann als der Brief vom SD, mit der Weisung“⁵², möglichst umgehend dem Wunsch des SD zu entsprechen und unverzüglich eine Besprechung der beteiligten Stellen herbeizuführen, um Klarheit und Zusammenarbeit zwischen der Militärverwaltung, dem SD und der Deutschen Botschaft in der Judenfrage zu erreichen⁵³.

In der erwähnten Besprechung kam man dann auf die Frage des Judenamtes zu sprechen. Namen von Franzosen, welche als Leiter in Frage kämen, wurden erwähnt, da mit ihnen „vorsichtige Fühlungen ohne irgendwelche Zusicherungen“ stattfinden sollten. Bei Gelegenheit sollte „dann auch das ganze Problem, wenn es festere Formen angenommen hat“, mit dem Generaldelegierten Vichys in der besetzten Zone, Fernand de Brinon, besprochen werden sowie mit Admiral Darlan, „um auf diesem Wege etwa noch notwendige Gesetzesergänzungen in Vichy vorzuschlagen und zu erreichen“. Abetz reichte zudem eine Liste der für ihn in Frage kommenden Franzosen nach, die unter anderem Namen wie Marcel Bucard, Darquier de Pellepoix bzw. Serpeille de Gobineau und den Schriftsteller Céline enthielt⁵⁴. Zur Vorbereitung einer antisemitischen Propaganda-Kampagne, welche die Gründung dieses Amtes begleiten sollte, richtete der Botschafter ein Telegramm an den Generalkonsul Wüster in Rom, um zu erkunden, ob die Ausstellung „Ewiger Jude“ für Paris verfügbar sei⁵⁵. Die Anfrage wurde postwendend positiv beantwortet; Wüster war auch bereit, bei der Vorbereitung der Ausstellung behilflich zu sein. Abetz schlug also vor, sie gleich vom neuen Judenamt aus zu koordinieren⁵⁶.

Am 5. März bot sich anlässlich eines Abendessens mit Darlan eine günstige Gelegenheit, um sich an die französische Regierung zu wenden. Der Admiral

⁵⁰ Aufzeichnung Zeitschels für Achenbach, 1. 3. 1941, in: CDJC, V-61.

⁵¹ Knochen an Best, 28. 1. 1941, in: CDJC, C-64.

⁵² Abetz war gegenüber der Militärverwaltung keineswegs weisungsberechtigt.

⁵³ Aufzeichnung Zeitschels für Achenbach, 1. 3. 1941, in: CDJC, V-61.

⁵⁴ Notiz Abetz' für Zeitschel, 1. 3. 1941, in: CDJC, V-65.

⁵⁵ Abetz an Wüster, 4. 3. 1941, in: CDJC, V-66.

⁵⁶ Abetz an Knochen, Abschrift, 8. 3. 1941, in: CDJC, LXXI-55.

erklärte sich auch grundsätzlich bereit, die französische Regierung zur Trägerin einer solchen Einrichtung zu machen, wies aber gleichzeitig darauf hin, dass die Einstellung Pétains zur Judenfrage beträchtlichen Schwankungen unterliege, denn er lege großen Wert auf eine Unterscheidung zwischen den „eingesessenen und im Kriegsdienst für Frankreich ausgezeichneten“ französischen und den ausländischen Juden. In seinem Bericht nach Berlin meinte Abetz, dass eine Gründung durch Vichy trotz der Einstellung Pétains, „die kein sehr aktives Wirken eines von seiten der französischen Regierung gegründeten zentralen Judenamtes erwarten lässt“, dennoch „empfehlenswert“ sei⁵⁷. Denn dieses erhalte „dadurch eine gesetzlich gültige Grundlage“ und könne „durch deutschen Einfluss im besetzten Gebiet derart aktiviert werden, dass das unbesetzte Gebiet gezwungen ist, sich den getroffenen Maßnahmen anzuschließen“. Fortschritte schienen dann aber auf sich warten zu lassen, denn am 20. März rief Dannecker in der Botschaft an und „gab seiner Betrübnis Ausdruck“, dass das Projekt nicht vorwärts komme: „Er halte es für unbedingt erforderlich, dass in den nächsten Tagen etwas geschehe, sonst werde alles im Sande verlaufen.“⁵⁸ Nachdem die Botschaft seinen Vorschlag, sich persönlich nach Vichy zu begeben, „damit die Franzosen endlich Farbe bekennen müssten“, nicht befürwortete, bestand er zumindest darauf, dass de Brinon veranlasst würde, „die Bestellung eines Judenkommissars in Vichy durchzusetzen“; eine Aufgabe, mit der Zeitschel betraut wurde⁵⁹.

Der deutsche Druck zeigte rasch Wirkung: Am 29. März ernannte die französische Regierung per Gesetz Xavier Vallat zum neuen „Generalkommissar für Judenfragen“ (*commissaire général aux questions juives*)⁶⁰. Sein erster Weg führte ihn fünf Tage später nach Paris, zuerst in die deutsche Botschaft, dann zu Theodor Dannecker sowie zu Werner Best. Hier hatte man schon genaue Vorstellungen von seinem Aufgabenbereich: Überwachung der Ausführung der bestehenden Gesetze, Abstimmung von französischen Gesetzen mit den Verordnungen des Militärbefehlshabers, Ausarbeitung neuer Gesetze. Dabei sollte der französische Kommissar am besten in Etappen vorgehen, um Einwänden Pétains, der unter fortwährendem amerikanischen Druck stehe, vorzubeugen. Die neu ausarbeitenden Gesetze sollten demnach als Ergänzung zum Judenstatut vom 4. Oktober die jüdische Bevölkerung Frankreichs auch aus den restlichen Wirtschaftszweigen ausschließen und „ihre Auswanderung vorbereiten“⁶¹. Indem zwischen „alteingesessenen“ französischen Juden und den ausländischen bzw. „neunaturalisierten“⁶² Juden unterschieden werde, könnten sie „sehr scharf“ gefasst werden, was laut Abetz „für den Augenblick wichtiger“ war. Gleichzeitig müsse ein weiteres Gesetz die Ausbürgerung auch „alteingesessener“ Juden vorsehen,

⁵⁷ Abetz an Ribbentrop, Abschrift, 6. 3. 1941, in: PA-AA, DBP 1297.

⁵⁸ Aufzeichnung von Nostiz-Wallwitz (Sekretär Achenbachs), 20. 3. 1941, in: CDJC, V-83.

⁵⁹ Ebenda.

⁶⁰ Zur Person Vallats siehe Laurent Joly, Xavier Vallat (1891–1972). *Du nationalisme chrétien à l'antisémitisme d'Etat*, Paris 2001.

⁶¹ Abetz an Auswärtiges Amt, 3. 4. 1941, in: ADAP, Serie D, Band XII.1, Göttingen 1969, Dok. 254.

⁶² Bedeutet: neu eingebürgerten.

welche damit „nach und nach restlos zum Verlassen Frankreichs gebracht werden“ könnten. Einig war man sich darin, dass, sollte sich Vallat als „flau“ erweisen, er unter die straffe Führung des SD gestellt werden würde⁶³. Die „Unterorganisation“ des (immer noch angestrebten) Judenamtes sei mit zuverlässigen Vertrauensleuten zu besetzen und erst dann „vorsichtig Vallat [zu] übergeben“.

Nach dem Antrittsbesuch des neuen Generalkommissars bei Werner Best zeigte sich dieser gegenüber Zeitschel aber als „sichtlich enttäuscht“, hatte er doch gehofft, „dass nunmehr alle Judenfragen von dieser Seite aus erledigt werden würden“. Vallat hatte die Anfrage, ob ihm in Zukunft auch „alle notwendigen Maßnahmen“, nämlich „in erster Linie ausländische Juden oder sonst auch politisch unliebsame Juden aus dem besetzten Gebiet auszuweisen“, überantwortet werden könnten, „absolut“ abgelehnt. Best bedauerte mit großem Nachdruck, „dass [...] der unangenehme Teil, nämlich die Durchführung der Ausweisung, respektive Internierung doch an [der Militärverwaltung] hängen bleiben sollte“⁶⁴. Noch dazu, wo diese auch nicht an den Planungen zwischen SD und Botschaft beteiligt worden war. Zeitschel, der daraufhin die künftige Einbindung eines Offiziers der Militärverwaltung vorschlug⁶⁵, sprach seinerseits die Frage einer „eventuellen“ Internierung der Juden an. Die Antwort von Best konnte klarer nicht sein: Wenn auch „die Militärbehörde selber das größte Interesse daran habe, dass die Juden möglichst bald verschwinden“, gäbe es trotzdem „als äußerste Möglichkeit“ lediglich die „Freimachung“ eines Lagers für 5000 Personen⁶⁵. Aber Zeitschel ließ sich nicht beirren: Dieses Lager konnte seiner Meinung nach ja als „Durchgangslager“ für „politisch, wirtschaftlich und sozial untragbare Elemente“ dienen, um „schubweise die Juden in die Lager des unbesetzten Gebiets los zu werden“. Die nächste große Etappe der antijüdischen Repressionspolitik war damit übrigens vorgezeichnet: nämlich die Abschiebung internierter Juden, um Platz für Neuankömmlinge zu machen.

Nach dieser aufschlussreichen Aussprache zwischen Best und Zeitschel wurden die militärischen Stellen stärker beteiligt und gaben damit auch ihre bislang für Spannung mit dem SD sorgende Haltung auf. Dabei spielte die Weiterleitung von Schlüsselaufgaben an den neuen Kommissar sicherlich eine zentrale Rolle. Dies geht auch aus den Entwicklungen der folgenden Wochen hervor: So beklagten sich Vertreter der Militärverwaltung Ende April bei Zeitschel über die „Tendenz“ Vallats, „nach Möglichkeit sich nur in orientierender Art [zu] betätigen [...] und jeden Durchführungsmaßnahmen aus dem Wege“ zu ge-

⁶³ Die Bemerkungen Abetz' in seinem Bericht vom 3. 4. 1941 decken sich mit den Aufzeichnungen Zeitschels von einer Besprechung desselben Tages zwischen Dannecker, Schilling, Abetz und Zeitschel, in: CDJC, V-80.

⁶⁴ Zeitschel an Dannecker, 5. 4. 1941, in: CDJC, LXXI-56.

⁶⁵ Zwei Wochen später informierte Zeitschel Dannecker darüber, dass Dr. Blancke, Mitarbeiter von Kriegsverwaltungschef Dr. Elmar Michel, Leiter der Abteilung Wirtschaft, künftig an den Besprechungen teilzunehmen wünsche. Notiz Zeitschels an Dannecker, 21. 4. 1941, in: CDJC, V-82.

⁶⁶ Vgl. Anm. 64.

hen⁶⁷. Um diesen Ausweichmanövern entgegenzuwirken, war es wiederum die Botschaft, namentlich Abetz' Vertreter, Generalkonsul Rudolf Schleier, der tätig wurde: Am 25. April wandte er sich an Darlan, um die Zusammenlegung „aller Vollmachten“ in der Hand des Generalkommissars zu erwirken, damit dieser „möglichst umgehend einen entsprechenden Apparat aufziehen“ könne⁶⁸. Darlan war einverstanden, und am 19. Mai wurde tatsächlich ein neues französisches Gesetz erlassen, welches es Vallat ermöglichte, in der Judenfrage bei anderen Ministerien zu intervenieren und auch Polizeikräfte zu mobilisieren⁶⁹. Mag das deutsche Einwirken in diesem Sinne auf den ersten Blick im Widerspruch zur beschriebenen Unzufriedenheit gegenüber dem Franzosen stehen, so lag der Nutzen einer solchen Machtkonzentration doch klar auf der Hand: Der deutsche Druck konnte sich nun ganz auf den Generalkommissar konzentrieren. Zeitschel machte sich sogleich auf die Suche nach einem Ort, der es erlauben würde, sowohl besagten Apparat als auch dessen deutsche Aufsicht zu beherbergen. Anfang Juni wurde er fündig: In einem Schreiben an den Kommandanten von Paris forderte er die Beschlagnahme einer Wohnung, welche einem nach Amerika geflüchteten russischen Juden gehörte⁷⁰. Sie biete den Vorteil, über zwei getrennte Stockwerke zu verfügen; denn „damit die Zusammenarbeit [zwischen dem Generalkommissar und den deutschen Stellen] nach außen hin keinesfalls in Erscheinung tritt, sollen weder die [...] Herren der deutschen Behörden in dem Kommissariat des Herrn Xavier Vallat erscheinen, noch Herr Vallat sich bei den deutschen Dienststellen zeigen“.

Als weiteres Zeichen der deutschen Absicht, Vallat eng zu kontrollieren, wurde dieser aufgefordert, sich bei jedem Besuch in Paris zuerst an das von Dannecker, Blancke, Zeitschel und einem weiteren Mitarbeiter Bests gebildete Komitee zu wenden und diesem auch das „geringste Dekret“ zur Zustimmung vorzulegen⁷¹. Die ständige Überwachung zeigte rasch Ergebnisse: Bereits am 13. Mai verschickte die Pariser Polizei knapp 6700 Vorladungen für den Tag darauf, was auf einfache Routinekontrollen schließen ließ. Daraus entstand die erste große Razzia in Paris: Die 3700 hauptsächlich staatenlosen Juden (ehemalige Österreicher, Polen und Tschechoslowaken), die sich ins Kommissariat begaben, wurden verhaftet und in zwei neue, von den französischen Behörden eingerichtete Internierungslager (Pithiviers und Beaune-la-Rolande) überstellt. Kurze Zeit später wurden „nach wochenlangen Besprechungen“ mit Botschaft, SD und Militärverwaltung „unter Vorsitz Legationsrats Zeitschel“ neue antijüdische Gesetze im *Journal Officiel* veröffentlicht, die eine bedeutende Verschärfung des seit Anfang Oktober geltenden Judenstatuts bedeuteten und stolz von Abetz nach Berlin gemeldet

⁶⁷ Aufzeichnung Zeitschels über eine Besprechung mit KVA.Ch. Dr. Durandt und OKVR Dr. Blancke, 23. 4. 1941, in: CDJC, V-84.

⁶⁸ Zeitschel an Dannecker, 25. 4. 1941, in: CDJC, V-83.

⁶⁹ Gesetz vom 19. 5. 1941, nach Joly, Vallat, S. 215.

⁷⁰ Zeitschel an den Kommandanten von Paris, 6. 6. 1941, in: CDJC, V-89.

⁷¹ Joly, Vallat, S. 243.

wurden⁷². Der Botschafter unterstrich dabei, dass die Gültigkeit der Gesetze sich nun auch auf die französischen Kolonien, Protektorate und Mandate erstreckte.

Wenn der Plan eines zentralen Judenamts zwar letztlich nicht umgesetzt wurde, so konnte die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung im deutschen Sinne trotzdem merkbar zentralisiert und verstärkt, gleichzeitig aber französischen Händen überlassen werden. Dannecker war dabei der Botschaft sehr dankbar: In einem Bericht über „Judenfragen in Frankreich und ihre Behandlung“ vom 1. Juli 1941 unterstrich er die „wirklich umfassende, kameradschaftliche Unterstützung unserer Arbeit seitens des Herrn Deutschen Botschafters Abetz, seines Vertreters, Herrn Gesandten Schleier und des SS-Sturmbannführers Legationsrat Dr. Zeitschel [...]. Dazu bemerke ich, dass die Deutsche Botschaft Paris aus freien Stücken dem Judenreferat für die Finanzierung des Antijudeninstituts größere Geldbeträge zur Verfügung gestellt hat und dies auch künftig beibehalten will“⁷³.

Weichenstellung für Judendeportationen aus Frankreich

Der Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 brachte auch eine allmähliche, letztlich aber radikale Wendung für das deutsche Besatzungsregime in Frankreich. Die Vorgänge im Osten, vor allem Umsiedlungsaktionen und Massenerschießungen, blieben im Westen nicht unbekannt⁷⁴. An der Botschaft verfolgte Zeitschel aufmerksam die Entwicklung der deutschen Judenpolitik. Der Sieg über die Sowjetunion schien ihm nahe und damit auch neue Möglichkeiten in der Frage des Gebietes, in welches die europäischen Juden abgeschoben werden könnten – eine Frage, die er keinesfalls aus den Augen verlor. In West- und Südeuropa genügten seiner Meinung nach „einfache“ militärische Befehle, um die jüdische Bevölkerung in den besetzten Gebieten in „Massentransporten“ in ein im Osten abgegrenztes Territorium abzuschieben; während die Juden in den Ostgebieten „selbst während des Krieges“ den Weg „ja mit ihren Fahrzeugen auf der Landstrasse zurücklegen könnten“. Er bat Abetz, diesen Vorschlag bei „der nächsten Gelegenheit“ Ribbentrop vorzutragen und dabei auch „besonders“ zu betonen, dass „beispielsweise in Frankreich, wo mit aller Intensität an einer baldigen Regelung der Judenfrage gearbeitet wird“, die Durchführung unter der unzureichenden Anzahl an Internierungslagern leide und „man sich infolgedes-

⁷² Abetz an Auswärtiges Amt, 14. 6. 1941, in: PA-AA, R 29590 (MF 297).

⁷³ Bericht Danneckers vom 1. 7. 1941, in: CDJC, XXVI-1. Am 5. 9. 1941 informierte Zeitschel Dannecker davon, dass weitere 200.000 Francs von der Botschaft für das *Institut d'étude des questions juives* bewilligt wurden. Bei letzterem handelt es sich um eine von Botschaft und SD gegründete, nach außen hin aber französische Institution, welche als federführend bei den antijüdischen Propaganda-Aktionen der besetzten Zone auftreten sollte. Vgl. Stéphanie Dassa/Valérie Germon/Cédric Gruat, L'Institut d'étude des questions juives: raison d'Etat et passion antisémite franco-allemande sous l'occupation, in: *Revue d'Histoire de la Shoah. Le Monde Juif*, Nr. 179, September-Dezember 2003, S. 120–176.

⁷⁴ Vgl. Hans-Jürgen Döscher, *Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der „Endlösung“*, Berlin 1987, S. 245 u. S. 249, sowie die in diesem Zusammenhang häufig zitierten Aufzeichnungen Walter Bargatzkys, *Hôtel Majestic. Ein Deutscher im besetzten Frankreich*, Freiburg 1987, S. 102 f.

sen mit allen möglichen Gesetzen und sonstigen Vorschriften durchhelfen muss, die doch im ganzen gesehen nur vorübergehende und nicht durchgreifende Maßnahmen sind⁷⁵. Seit der zweiten großen Razzia in Paris am 20. August 1941, bei der ungefähr 4200 Juden – Franzosen (darunter auch Anwälte des französischen Conseil d'Etat und der Cour d'Appel) und Nicht-Franzosen – festgenommen und dann in das am Vorabend eingerichtete Lager Drancy geschickt wurden, war die Zahl der internierten Juden stark angestiegen. Abetz verlangte darüber genauere Informationen von Zeitschel, der die Frage an Dannecker weitergab⁷⁶. Zeitschel sprach von 10.000 Juden, als er den Botschafter vor dessen Abreise in das Führerhauptquartier nochmals daran erinnerte, dass er durch Ribbentrop bei Himmler ihre baldige Abschiebung in die „neubesetzten Ostgebiete“ erwirken sollte, „damit wir die einzigsten kümmerlichen Lager [...] freibekommen, um weitere Juden internieren zu können“⁷⁷.

Zwischen dem 16. und dem 22. September war Abetz im Führerhauptquartier. Dabei hatte er Gelegenheit, sich selbst an den Reichsführer-SS zu wenden und diesem die Situation in Frankreich zu schildern. Himmler versprach ihm auch tatsächlich, dass die in Frankreich internierten Juden des besetzten Gebietes „nach dem Osten abgeschoben“ werden könnten, sobald dies „die Transportmittel zulassen“. Zeitschel, der die Nachricht nach der Rückkehr von Abetz sogleich an Dannecker weiterleitete, forderte diesen auf, seinerseits „in dieser Richtung, in der es mir gelungen ist, die prinzipielle Einwilligung des Reichsführers zu erreichen, nicht locker zu lassen und alle paar Wochen einen Bericht nach Berlin loszulassen mit der dringenden Bitte, baldmöglichst die Juden vom besetzten Frankreich abzuschicken“⁷⁸. Damit hatte also die Botschaft den ersten Schritt in Richtung Deportationen aus Frankreich unternommen, und zwar zu einem sehr frühen Zeitpunkt, gerade eben als die Deportationen deutscher und österreichischer Juden bis Ende des Jahres Richtung Osten beschlossen wurden. In keinem anderen besetzten Land in West- oder Nordeuropa kam es so früh zu diesem Schritt. Die Initiative ist beachtlich, einerseits weil man im Führerhauptquartier auf diesen Vorstoß gar nicht vorbereitet war und eine entsprechende Aktion auf später verschieben musste, und andererseits, weil Abetz aufgrund seiner langen Aufenthalte dort die von den Einsatzgruppen an der Ostfront begangenen Verbrechen nicht unbekannt geblieben sein konnten. Der Botschafter musste wissen – oder zumindest ahnen –, was die Juden im Osten erwartete. Für Eichmann wurde damit übrigens das „Madagaskarprojekt durch den deutschen Botschafter in Paris, Abetz, [...] endgültig zu Grabe getragen“, ja sogar „torpediert“, wie der SS-Mann nach 1945 aussagte. Gleichzeitig räumte er an anderer Stelle freilich ein, dass damit „die Befehlsgebung

⁷⁵ Aufzeichnung Zeitschels für Abetz, 22. 8. 1941, in: CDJC, V-15.

⁷⁶ Zeitschel an Dannecker, 2. 9. 1941, in: CDJC, LXXI-64. Dannecker antwortete erst am 20. 10. 1941, da sich die Zählungen in den Internierungslagern verzögerten: Ihm zufolge befanden sich zu diesem Zeitpunkt 7443 Juden in drei „Konzentrationslagern“ (Drancy, Pithiviers, Beaune-la-Rolande), von denen ungefähr 1500 die französische Staatsangehörigkeit besaßen (Dannecker an Zeitschel, 20. 10. 1941, in: Archiv des Yad Vashem, Jerusalem, JM 3122).

⁷⁷ Aufzeichnung Zeitschels für Abetz, 10. 9. 1941, in: CDJC, LXXI-65.

⁷⁸ Zeitschel an Dannecker, 8. 10. 1941, in: Ebenda.

zur Deportation von Juden aus Frankreich erreicht“ war: Die „Triebwellen“ dazu kamen ihm zufolge eindeutig aus dem Auswärtigen Amt⁷⁹.

Die Frage der Deportationen erfuhr in den darauffolgenden Wochen eine entscheidende Beschleunigung. Seit dem 21. August 1941, an dem das Attentat gegen einen Angehörigen der deutschen Wehrmacht in der Pariser Metro-Station Barbès-Rochechouart verübt worden war, fanden immer wieder Anschläge gegen die Besatzungsmacht statt. Auf erste einzelne Erschießungen, die von Stülpnagel angeordnet wurden, reagierte Hitler, indem er härtere Repressalien befahl: Für jedes verübte Attentat sollten künftig zwischen 50 und 100 französische Geiseln erschossen werden, die unter den französischen Häftlingen des gemeinen Rechts und politischen Häftlingen, vor allem Mitgliedern der kommunistischen Partei, auszuwählen seien. Diese Befehle schockierten alle deutschen Dienststellen in Paris, allen voran die Deutsche Botschaft⁸⁰. Nach neuerlichen Attentaten Ende Oktober und einer ersten Erschießung von zwei Mal fünfzig Geiseln intervenierte Abetz bei Ribbentrop, um die Erschießung von 100 weiteren Personen zu verhindern, indem er betonte, dass die gegenwärtige Stimmung in der französischen Bevölkerung „keine Voraussetzung“ für feindselige Akte biete, sondern sich gerade „unter dem Eindruck der großen deutschen Siege im Osten [...]“ merklich gebessert habe. Mit der Erschießung von weiteren Geiseln bestünde aber die Gefahr, „daß die Empörung der Bevölkerung über die Attentate in eine Empörung über die für hiesige Begriffe unverhältnismäßig hohen Repressalien umschlägt“⁸¹. Die Erschießungen wurden tatsächlich aufgeschoben, dann auf unbestimmte Zeit ausgesetzt⁸². Aber weitere Anschläge blieben nicht aus, und Hitler ordnete erneut Geiseler-schießungen an.

Als er Ende November die Erschießung von 300 Geiseln befahl, schlug Stülpnagel stattdessen die Erschießung von 50 Juden und Kommunisten sowie die Verhängung einer allgemeinen Geldstrafe vor⁸³. Wenige Tage später dazu aufgefordert, zur propagandistischen Behandlung der Frage Stellung zu nehmen, unterstützte Abetz die Vorschläge Stülpnagels nachdrücklich. Die systematische Hinrichtung einer großen Zahl von Geiseln pro Attentat würde „mit einem Minimum von Aufwand [...] ein Maximum von politischem Erfolg, nämlich die Vertiefung des deutsch-französischen Gegensatzes auf Generationen hinaus“, bedeuten⁸⁴. Da die Attentate aber darauf abzielten, in Frankreich und auf internationaler Bühne den Eindruck einer französischen Auflehnung gegen die deutsche Besatzungsmacht zu erwecken, empfahl er, dass „selbst dort, wo eine französische Täterschaft offen nachgewiesen werden kann“, öffentlich erklärt werden sollte, „dass es sich aus-

⁷⁹ Zit. nach Wojak, Eichmann, S. 147, S. 153 u. S. 160.

⁸⁰ Vgl. Umbreit, Militärbefehlshaber, S. 126–137.

⁸¹ Abetz an Ribbentrop, 25. 10. 1941, in: ADAP, Serie D, Band XIII.2, Göttingen 1970, Dok. 422.

⁸² Vgl. ebenda, Anm. 8, bezgl. handschriftlicher Randbemerkungen auf dem Dokument; Abetz, Problem, S. 208 f.

⁸³ Vgl. Herbert, Militärverwaltung, S. 189 f.

⁸⁴ Abetz an Auswärtiges Amt, Bericht Nr. 2764/41g vom 7. 12. 1941, in: PA-AA, Nachlass Rudolf Schleier, Kassette II, 24 III (14); gleichlautend auch im Anhang zu dem in der Fußnote 85 zitiertem Dokument vom 12. 12. 1941.

schließlich um Juden und gekaufte Agenten angelsächsischer und russischer Geheimdienste handele“. Er setzte hinzu: „Dementsprechend wäre es auch zweckmäßig, bei Veröffentlichungen über Erschießungen nicht von Franzosen und auch nicht von Geiseln zu sprechen, sondern ausschließlich von Repressalien gegen Juden und Secret-Service-Agenten und Sowjetagenten.“

Als Antwort auf seine Vorschläge wurde er aufgefordert, an der Ausarbeitung eines Kommuniqués mitzuarbeiten, welches die (genehmigten) Maßnahmen ankündigen sollte. Abetz rief daraufhin im Auswärtigen Amt in Berlin an, um seinen Standpunkt nochmals zu bekräftigen: „Nach dem Kriegsausbruch zwischen der Achse und Amerika ist der französischen Bevölkerung noch klarer geworden, dass sie auf Gedeih und Verderb in das Schicksal des Kontinents eingekettet ist, und gerade in diesem Augenblick wäre es unerwünscht, dass durch bekanntwerdende Massenhinrichtungen französischer Staatsangehöriger eine unüberwindliche Schranke in die sich bildende moralische Einheitsfront aufgerichtet würde.“⁸⁵ Deshalb musste der Botschafter auch um so emsiger an anderen Trennlinien bauen: Nämlich jenen, welche seiner Meinung nach zwischen jüdischer und nicht-jüdischer Bevölkerung gezogen werden sollten. Und tatsächlich fand in Ausführung der beschlossenen Maßnahmen am 12. Dezember eine Großrazzia statt, bei der 260 deutsche Feldpolizisten und 200 Angehörige des SD 743 zuvor nach politischen Gesichtspunkten ausgewählte Juden hauptsächlich französischer Staatsangehörigkeit festnahmen. Die Botschaft meldete nach Berlin, dass „aufgrund der Attentate Anfang Dezember [...] 1000 Juden verhaftet“ worden seien, „um als Arbeitskräfte in den Osten abtransportiert zu werden“⁸⁶. Dabei handele es sich „hauptsächlich“ um „einflussreiche und politisch als Hetzer bekannte Juden“, von denen 54 „gelegentlich des Mittagessens [...] in Schlemmerlokalen auf der Champs Elysées“ verhaftet worden waren. Die Wortwahl war bezeichnend und deutete bereits die Linie der begleitenden Propaganda-Informationen an. Alarmierend war auch die Bemerkung über den Arbeitseinsatz im Osten, eine Formulierung, die einen Monat später bei der Wannsee-Konferenz eine fatale Bedeutung annehmen würde. Um die Zahl von 1000 zu verhaftenden Personen zu erreichen, wurden auch Häftlinge aus Drancy abgezogen; die Menschengruppe wurde in der Ecole militaire im siebten Stadtbezirk gesammelt, bevor sie in das neue Lager von Compiègne nördlich von Paris überstellt wurde. Eine offizielle Bekanntmachung des MBF vom 14. Dezember schrieb diese Festnahmen den letzten „terroristischen Aktionen“ zu, welche von unter angelsächsischem Einfluss stehenden Juden und Kommunisten begangen worden seien. Neben der Deportation „einer großen Zahl jüdisch-bolschewistischer Elemente“ zur Zwangsarbeit im Osten wurde gegen die jüdische Bevölkerung eine Geldbuße von einer Milliarde Francs verhängt⁸⁷. Bei neuerlichen Anschlägen gäbe es weitere Deportationen. Parallel dazu wurden auf

⁸⁵ Aufzeichnung über eine telefonische Mitteilung Abetz' an Legationsrat Strack, 12. 12. 1941, in: PA-AA, R 29591 (MF 304).

⁸⁶ Fernschreiben Botschaft an Auswärtiges Amt, 16. 12. 1941, in: CDJC, LXXI-72.

⁸⁷ Joseph Billig, Achenbach et la „solution finale“ en France, in: Revue d'Histoire de la Shoah. Le Monde Juif, Nr. 76, Oktober-Dezember 1974, S. 45.

Hitlers Anweisung 95 Geiseln, davon über 50 größtenteils aus Drancy kommende Juden hingerichtet⁸⁸.

Die Ankündigung von Deportationen war verfrüht, denn am 24. Dezember musste die Pariser Dienststelle des SD zur Kenntnis nehmen, dass aufgrund der russischen Gegenoffensive keine Transportmittel verfügbar waren⁸⁹. Die internierten Personen mussten also den Winter im Lager von Compiègne verbringen. Nichtsdestotrotz hatten die deutschen Dienststellen unter der nicht nur propagandistischen Federführung der deutschen Botschaft mit dieser Verfolgungsaktion zwei Fragen auf einmal gelöst: Es wurde zum einen die weitgehende Einstellung der Geislerschießungen erreicht (die Zahl der betroffenen Geiseln ging daraufhin erheblich zurück, auch wenn diese Maßnahme in der Folge immer wieder angeordnet wurde), zum anderen die verstärkte Internierung der Juden der besetzten Zone, diesmal mit einer konkreten Perspektive der Abschiebung in die Ostgebiete. Die Ankündigung der Deportationen wurde zum fixen Bestandteil der deutschen Repressionspolitik gegen Anschläge des französischen Widerstands. In diesem Licht muss auch gesehen werden, dass auf der Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942 Frankreich zu den Ländern gezählt wurde, in denen die „Evakuierung“ der Juden als ohne große Probleme durchführbar galt.

In Paris liefen die Vorbereitungen tatsächlich auf Hochtouren: Anfang Februar 1942 richtete Best ein Schreiben an die Botschaft, um auf den bevorstehenden ersten Abtransport hinzuweisen und anzufragen, ob gegen die Deportation einer von ihm angeführten Zahl ausländischer Juden (v. a. Türken, Rumänen, Ungarn, Italiener, Spanier) „politische Bedenken“ bestünden⁹⁰. Um auch den Abtransport von Juden aus der unbesetzten Zone in Erwägung ziehen zu können, begab sich Dannecker in Begleitung Zeitschels am 19. Februar nach Vichy. Der dortige deutsche Generalkonsul Roland Krug von Nidda unterstrich ihnen gegenüber die große Bereitwilligkeit der französischen Regierung in der „Judenfrage“. Sie wäre für „weitgehende Zugeständnisse“ zu haben, wenn von deutscher Seite „vollkommene, klare Vorschläge“ gemacht werden würden: „Vor allen Dingen nimmt [Krug] an, daß, wenn man beispielsweise erklären würde, daß man monatlich eine gewisse Anzahl, etwa 1000–5000 Juden, abtransportieren könne, diese Juden zweifellos von den Franzosen zur Verfügung gestellt würden, auch im unbesetzten Gebiet.“⁹¹ Er habe nach zahlreichen persönlichen Gesprächen mit französischen Persönlichkeiten, „besonders auch nach mehrfachen Äußerungen des Admiral Darlan“, den Eindruck, dass die französische Regierung „froh“ wäre, „wenn sie die Juden auf irgendeine Weise los würde, ohne daß es allzuviel Aufsehen macht“. Es wäre übrigens auch nicht auszuschließen, dass „die Franzosen“

⁸⁸ Vgl. Poznanski, Juifs, S. 260, sowie Herbert, Militärverwaltung, S. 190.

⁸⁹ Vgl. Billig, Achenbach, S. 46.

⁹⁰ Best an Deutsche Botschaft, 5. 2. 1942, in: CDJC, LXXI-74. Eine weitere Anfrage in diese Richtung erreichte am 21. 2. die Botschaft. Tatsächlich war sie seit September 1941 zur Anlaufstelle für ausländische Konsulate in Paris geworden, die für internierte Staatsangehörige intervenierten; vgl. Lambauer, Abetz, S. 427f.

⁹¹ Aufzeichnung Zeitschels für Schleier, 28. 2. 1942, in: CDJC, LXXI-84.

für den Abtransport Züge zur Verfügung stellten, „wenn man ihnen die Versicherung gibt, daß sie [diese] wieder zurückbekommen“. Die Mitteilungen des Diplomaten waren beachtlich und gaben den Bemühungen Danneckers Auftrieb, in Berlin auf ein baldiges Anlaufen der Deportationen zu drängen.

Auf der von Eichmann Anfang März einberufenen Sitzung der Judenreferenten der besetzten Westgebiete konnte Dannecker ausgiebig über die Lage in Frankreich Bericht erstatten⁹². Und tatsächlich teilte er bei seiner Rückkehr nach Paris den Vertretern der übrigen deutschen Dienststellen mit, dass Heydrich für den kommenden 23. März den ersten Transport von 1000 in Compiègne internierten Juden angesetzt und weitere Transporte von insgesamt 5000 Juden für das Jahr 1942 angekündigt habe⁹³. Es wurde daraufhin festgelegt, dass letztere vor allem aus der französischen Hauptstadt kommen sollten, weil die Situation dort dies als am dringlichsten erscheinen lasse. Für 1943 seien „weitere, größere Abtransporte“ angesagt. Die Mitteilungen Danneckers wurden noch am selben Tag durch ein Telegramm von Martin Luther bestätigt, der eine an das Auswärtige Amt gerichtete Anfrage Eichmanns vom 9. März weiterleitete und die Botschaft um „beeilte Stellungnahme“ ersuchte. Dort bekräftigte man die Absicht, die am 12. Dezember 1941 in Paris festgenommenen 1000 Juden mittels eines Sonderzuges am 23. März aus Compiègne „in das Konzentrationslager Auschwitz (Oberschlesien) abzuschicken“⁹⁴. Ein zweiter von ihm an das Auswärtige Amt gerichteter Schnellbrief zwei Tage später bezog sich auf „weitere 5000 staatspolizeilich in Erscheinung getretene Juden in Frankreich“, welche „in Zeitkürze“ ebenfalls nach Auschwitz „abgeschoben“ werden sollten⁹⁵. Wegen der zeitweiligen Abwesenheit von Abetz war es sein Stellvertreter Schleier, der am 14. März die lapidare Antwort schickte: „Gegen beabsichtigte Judenaktion keine Bedenken.“⁹⁶ Der Mitarbeiter Luthers, Franz Rademacher, antwortete Eichmann am 20. März, dass „seitens des Auswärtigen Amtes“ gegen die angekündigten Deportationen „kein Einspruch erhoben“ werde⁹⁷. Am 27. März verließ der erste Deportationszug unter Begleitung Danneckers den Bahnhof von Compiègne in Richtung Auschwitz: „Spätestens von diesem Zeitpunkt an wusste Dannecker, dass die Juden im Osten ermordet wurden“⁹⁸, und es erscheint sehr wahrscheinlich, dass er auch gegenüber Zeitschel daraus keinen Hehl machte.

⁹² Vgl. Steur, Dannecker, S. 71.

⁹³ Aufzeichnung Zeitschels vom 11. 3. 1942, zit. in: Ludwig Nestler/Wolfgang Schramm (Hrsg.), Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938–1945), Band 4: Die faschistische Okkupationspolitik in Frankreich (1940–1944), Berlin 1990, Dok. 102.

⁹⁴ Luther an die Deutsche Botschaft Paris, 11. 3. 1942, in: Archiv des Yad Vashem, Jerusalem, JM 3122.

⁹⁵ Eichmann an Rademacher, 11. 3. 1942, in: Ebenda.

⁹⁶ Schleier an Auswärtiges Amt, 14. 3. 1942, in: Ebenda.

⁹⁷ Rademacher an Eichmann, 20. 3. 1942, in: ADAP, Serie E, Band II, Göttingen 1970, Dok. 56.

⁹⁸ Steur, Dannecker, S. 408.

Die Einführung des Judensterns und die Behandlung der ausländischen Juden

Die Einführung des Judensterns in der besetzten Zone ist die letzte der im Rahmen dieses Beitrags behandelten Etappen der Judenverfolgung, in der die deutsche Botschaft eine führende Rolle spielte. Der Zeitpunkt – Frühling 1942 – fällt in eine Periode, während der sich die Beziehungen zwischen Berlin und Vichy merklich abkühlten und auch das französische innenpolitische Gefüge stark belasteten. Im April wurde – unter von Abetz persönlich ausgeübtem Druck – die französische Regierung umgebildet, sodass sie nun wieder unter der Leitung Pierre Laval stand. Die weder mit Hitler noch mit Ribbentrop abgestimmte Einmischung des Botschafters in die französische „Innenpolitik“ ist durch seine immer labiler werdende eigene Position zu erklären. Neben vergeblichen Bemühungen um eine weitgehende militärische deutsch-französische Kollaboration im Januar 1942, die letztlich sowohl am deutschen wie auch am französischen Zögern scheiterten, trug dazu auch der steigende Bedeutungsverlust des Auswärtigen Amtes (und auch Ribbentrops⁹⁹) in der Außenpolitik des Dritten Reiches bei, die angesichts der Ausweitung des Weltkrieges kaum mehr als solche bezeichnet werden konnte. Die aktive Teilnahme des Auswärtigen Amtes an der Umsetzung der auf der Wannsee-Konferenz vorgestellten „Endlösung der Judenfrage“ hat diese Entwicklung nicht aufgehalten.

Wie bereits zu Beginn seiner Amtszeit in Paris 1940 versuchte Abetz auch diesmal, seine Stellung durch eine starke Einflußnahme auf die französische Regierung und Pierre Laval sowie über besondere Initiativen im Bereich der Judenverfolgung zu festigen bzw. zu retten. Was letzteren Punkt betrifft, hatte die deutsche Botschaft in Übereinstimmung mit der Militärverwaltung noch zu Jahresanfang die Einführung des Judensterns in der besetzten Zone abgelehnt; eine solche Maßnahme sei nur sinnvoll, wenn sie von der Vichy-Regierung für ganz Frankreich getroffen werde¹⁰⁰. Diese Position schien sich unter den genannten Umständen zu ändern. Anlässlich der Ernennung von Darquier de Pellepoix zum neuen Generalkommissar für Judenfragen am 2. Mai 1942 fügte der Botschafter in einem Telegramm an Berlin „ferner“ hinzu, dass nach zwei Fällen, wo „Juden nachgewiesenermaßen Feindpropaganda“ betrieben „und sich gegen die öffentliche Gewalt aufgelehnt“ hätten, nun ein „propagandistisch und politisch günstiger Zeitpunkt zur Einführung des Judensterns in Frankreich“ vorläge¹⁰¹. Er habe deshalb den Militärbefehlshaber am selben Tage in diesem Sinne unterrichtet. Tags darauf verständigte er auch Knochen, während Zeitschel bei Dannecker anrief: „Es kann nunmehr nicht schnell genug gehen.“¹⁰² Dannecker solle „unverzüglich die notwendigen Schritte“ einleiten, da die Verordnung „schon in den allernächsten Tagen“ bei Werner Best durchgesetzt werden solle. Dannecker musste jedoch

⁹⁹ Vgl. Michael Bloch, Ribbentrop, New York 1992, S. 335–338 u. S. 349 f.

¹⁰⁰ Vgl. Steur, Dannecker, S. 68 f.

¹⁰¹ Abetz an Auswärtiges Amt, 2. 5. 1942, in: PA-AA, R 102961.

¹⁰² Aufzeichnung Danneckers, 4. 5. 1942, in: CDJC, XLIXa.7.

ein wenig bremsen, da die Beschaffung der Zeichen noch etwas dauern konnte. Zeitschel wandte sich nichtsdestotrotz anderntags an Best, um ihn von der neuen Haltung des Botschafters in dieser Frage zu informieren. Er fügte hinzu: „Die Einführung des Judensterns soll unabhängig von der Stellungnahme der französischen Regierung durchgeführt werden. Falls letztere sich bereit erklären sollte, auch im unbesetzten Gebiet die Kennzeichnung der Juden einzuführen, wäre es natürlich zu begrüßen, falls nicht, wird diese Maßnahme eben nur im besetzten Gebiet getroffen werden.“¹⁰³

Dieser Positionswechsel ist tatsächlich sehr erstaunlich: Bislang bestand die deutsche Strategie (und vor allem die der Botschaft) darin, die Wirksamkeit von Verordnungen des Militärbefehlshabers möglichst auf ganz Frankreich auszudehnen bzw. überhaupt von der französischen Regierung vornehmen zu lassen, die damit auch die Verantwortung übernahm. Abetz hatte in der Vergangenheit häufig ohne Zögern großen Druck auf Vichy ausgeübt. Diesmal schien die besondere Situation der neuen Regierung unter Laval, die nur widerstrebend vom Marschall akzeptiert worden war und zudem mit wachsenden deutschen Forderungen konfrontiert wurde¹⁰⁴, die bisher geltende Maxime völlig aufzuheben. Ging es darum, unnötige Spannungen zwischen Laval und Pétain, der die französischen Juden von einer Verschärfung der Judenpolitik ausgenommen wissen wollte, zu vermeiden? Oder sollten der Regierung Proteste vonseiten der Amerikaner oder auch der katholischen Kirche erspart werden? Überraschendes Fazit ist jedenfalls, dass Abetz sich nun mit großer Energie für die Einführung dieses Kennzeichens einsetzte, ohne anscheinend die Frage gegenüber Vichy auch nur anzuschneiden. Nach außen hin betonte die Botschaft immer wieder, dass es darum gehe, die durch die letzten Attentate ausgelöste Stimmung in der Bevölkerung der besetzten Zone auszunutzen. Ingeheim mochte es wohl noch einen zusätzlichen, für den Botschafter selbst nicht ganz unwichtigen Grund geben: Den bevorstehenden Besuch Reinhard Heydrichs in Paris.

Dieser war für den 7. Mai anlässlich der Einführung Carl-Albrecht Obergs in dessen neue Funktion als Höherer SS- und Polizeiführer in Frankreich angesagt¹⁰⁵. Die Ernennung Obergs war von einer Reihe anderer personeller Wechsel begleitet: Otto von Stülpnagel war als Militärbefehlshaber von seinem Cousin Carl-Heinrich von Stülpnagel ersetzt worden. Die Abteilung Werner Bests wurde aufgelöst und ihre polizeilichen Obliegenheiten dem neuen Stab Obergs übertragen, der damit zusammen mit Knochen die Bekämpfung des französischen Widerstandes sowie die Judenverfolgung in direktem Kontakt mit der französischen Regierung und dem Generalsekretär der französischen Polizei, René Bousquet, übernahm¹⁰⁶. Mit dieser neuen Aufgabenverteilung wurde übrigens auch

¹⁰³ Zeitschel an Best, 5. 5. 1942, in: CDJC, LXXI-91.

¹⁰⁴ Frankreich sollte nunmehr völlig ausgeplündert werden. Der Katalog der neuen deutschen Forderungen reichte von Rohstoffen, Rüstungsmaterial, landwirtschaftlichen und industriellen Produkten bis zu französischen Arbeitskräften; vgl. Lambauer, Abetz, S. 491–543.

¹⁰⁵ Vgl. Jäckel, Frankreich, S. 197 f.

¹⁰⁶ Vgl. ebenda, S. 194 f.; Umbreit, Militärbefehlshaber, S. 111–114.

die Mittlerrolle der deutschen Botschaft zur französischen Regierung in zwei wichtigen Bereichen weitgehend überflüssig.

Bei einem Empfang der Botschaft zu Heydrichs Ehren nutzte Abetz die Gelegenheit, um sich mit diesem persönlich zu unterhalten und seine Ansichten zur Geisel- und Judenfrage wie auch zur Einführung des Judensterns vorzutragen. Zu letzterem Thema wurde für denselben Abend eine Sitzung anberaumt, an der noch Schleier, Zeitschel und Dannecker teilnahmen und die sich vor allem mit eventuellen Ausnahmeregelungen befasste. Man kam überein, sie so eng wie möglich zu halten¹⁰⁷. Die ebenfalls besprochene großangelegte Propaganda-Aktion, die die Maßnahme begleiten würde, sollte von der Informations-Abteilung der Botschaft koordiniert werden¹⁰⁸. Die Kontakte zu Heydrich gestalteten sich offensichtlich ausgezeichnet. Nach seiner Rückkehr ins Protektorat Böhmen und Mähren, zwei Wochen vor seinem Tod durch ein Attentat, schickte er dem Botschafter ein Telegramm, um ihm und seiner französischen Frau für die Gastfreundschaft „herzlichen Dank“ zu sagen und „nach den interessanten und übereinstimmenden Aussprachen“ anzukündigen, „dass ich an den dortigen Problemen stets mit größtem Interesse mitarbeiten werde und bei Gefahr im Verzuge [sic!] stets zur Verfügung stehe“¹⁰⁹.

Am 15. Mai schließlich benachrichtigte Abetz das Auswärtige Amt von der bevorstehenden Verordnung des Militärbefehlshabers über die Einführung des Judensterns zum 1. Juni 1942 und fügte den Text bei. Dieser enthielt eine gesonderte Regelung für Juden aus Feind- und aus verbündeten Staaten: Britische, nord-, mittel- und südamerikanische Juden sowie jüdische Staatsangehörige verbündeter oder neutraler europäischer Staaten sollten demnach von der Maßnahme ausgenommen werden. Abetz bat in diesem Punkt um Weisung, vor allem ob diese Ausnahmen veröffentlicht werden sollten oder nicht. Die Frage stieß in der Wilhelmstraße auf Verlegenheit. Als Zeitschel drei Tage später telefonisch nachhakte und auf der Dringlichkeit der Frage bestand, da Stülpnagel sich weigerte, die Verordnung zu unterschreiben, bevor er nicht die definitive Stellungnahme des Amtes kenne¹¹⁰, kam es dort zu ersten schriftlichen Reaktionen. In einer nicht signierten, internen Aufzeichnung wurde etwa festgestellt, „dass es untunlich ist und auch [der] seinerzeit vom Herrn Reichsaußenminister gegebenen Weisung widersprechen würde, wenn wir gerade die amerikanischen und englischen Juden in Frankreich privilegiert behandeln würden“¹¹¹. Es wurde auf das Beispiel der Niederlande verwiesen, wo alle ausländischen Juden ausgenommen worden waren. Offensichtlich hatte die Botschaft zu verstehen ge-

¹⁰⁷ Aufzeichnung Danneckers, 7. 5. 1942, in: CDJC, XLIXa-53.

¹⁰⁸ Zu dieser sehr aufwendigen und vielseitigen Propaganda-Aktion vgl. die Aufzeichnung Heinrich Buschers (Informations-Abteilung) vom 14. 5. 1942, in: PA-AA, DBP 1125a, „bezüglich Einwirkungen über die Presse der besetzten Zone, Plakataktionen, Flugblätter, Film- und Rundfunkwesen“.

¹⁰⁹ Heydrich an Abetz, 16. 5. 1942, in: PA-AA, Personalakte Abetz.

¹¹⁰ Aufzeichnung Rademachers, 18. 5. 1942, in: Archiv des Yad Vashem, Jerusalem, JM 2215.

¹¹¹ Aufzeichnung vom 19. 5. 1942, ohne Unterschrift [vermutlich Woermann], Akten der Deutschland-Abteilung, in: Ebenda.

geben, dass „die Freistellung von Ausländern nur durch interne Anweisung unter Mitwirkung von französischen Behörden stattfinden könne und in Frankreich als Schwäche ausgelegt werden würde“ – ein Argument, das in der besagten Aufzeichnung zurückgewiesen wurde. Man gelangte vielmehr zur der Auffassung, dass es besser wäre, die Vichy-Regierung zur Einführung des Judensterns in beiden Zonen zu bewegen. Luther schickte also eine an Abetz persönlich gerichtete Depesche in diesem Sinne¹¹². An der Botschaft wurde man aber ungeduldig: Per Telefonat durch Zeitschel sowie über ein von Abetz gezeichnetes Telegramm wurde klargestellt, dass eine französische Verordnung in diesem Sinne „augenblicklich keinesfalls zu erwarten“ und die Maßnahme nur dann im unbesetzten Gebiet möglich wäre, wenn sie im besetzten Gebiet vorausgegangen sei und im unbesetzten „propagandistisch noch weiter intensiv vorbereitet“ werden würde, wozu der neue Generalkommissar und mit ihm zusammenarbeitende „antisemitische Gruppen“ des unbesetzten Gebietes bereit wären¹¹³. Weiter wies Abetz darauf hin, dass inzwischen erneut „schwere Gewalttaten gegen [die] französische Polizei und [die] Besatzungsmacht“ von Juden begangen worden waren und darum die Einführung der Kennzeichnung im besetzten Gebiete „sofort geboten“ sei. Vor allem aber versuchte er, der Diskussion über die prinzipielle Richtigkeit der Maßnahme ein Ende zu setzen, indem er hinzufügte, der Militärbefehlshaber „bittet uns nur um raschmögliche Herbeiführung einer Entscheidung, ob und welche Staatsangehörige ausgenommen werden“ sollten. Abetz übergab dabei völlig, dass es sich doch um seine eigene Initiative handelte. Luther schickte daraufhin das Einverständnis des Auswärtigen Amtes: Über interne Anweisungen sollten vorerst nur jene ausländischen Juden zum Tragen des Sterns verpflichtet werden, deren Heimatländer bis dahin ähnliche Maßnahmen ergriffen hatten¹¹⁴. Das Telegramm Luthers wurde von Zeitschel an Dannecker und von diesem sogleich an den Militärbefehlshaber mit der Aufforderung weitergegeben, die Verordnung so schnell wie möglich durchzubringen, damit sie am 1. Juni in Kraft treten könne, denn die „Judensterne (400.000) stehen fertig verpackt zur Verfügung“¹¹⁵.

Parallel dazu arbeitete der SD unter Federführung von Kurt Lischka¹¹⁶ einen weiteren Verordnungsentwurf aus, der Juden den Zutritt zu öffentlichen Einrichtungen bzw. Veranstaltungen verbot und von der Botschaft ebenfalls an das Aus-

¹¹² Luther an Abetz, 21. 5. 1942, in: Ebenda.

¹¹³ Abetz an Auswärtiges Amt, 21. 5. 1942, in: PA-AA, R 29593 (MF 314). Mit diesen „Gruppen“ war das Institut d'étude des questions juives gemeint. Vgl. Dassa/Germon/Gruat, Institut, S. 164–167.

¹¹⁴ Luther an Botschaft, 21. 5. 1942, in: ADAP, Serie E, Band II, Dok. 230. Dabei handelte es sich um folgende Länder bzw. Gebiete: Deutschland, Niederlande, Slowakei, Kroatien, Rumänien, das Generalgouvernement und die „besetzten Ostgebiete“. Da Serbien bereits „judenfrei“ war, sollten jugoslawische Juden ebenfalls erfasst werden. Für Belgien war eine ähnliche Verordnung in Vorbereitung.

¹¹⁵ Dannecker an Militärbefehlshaber (Dr. Jänig), 22. 5. 1942, in: CDJC, XLIXa-56.

¹¹⁶ SS-Obersturmbannführer Lischka war Stellvertreter Knochens in Paris.

wärtige Amt weitergeleitet wurde¹¹⁷. Der Text trat zusammen mit der Verordnung über die Einführung des Judensterns am 7. Juni 1942 in Kraft. Die Proteste von seiten der französischen Regierung blieben gering; sie beschwerte sich lediglich darüber, dass auch Juden aus gemischten Ehen davon betroffen waren. Pétain verlangte zusätzliche Ausnahmen für bestimmte Persönlichkeiten und wollte diese Frage in den Zuständigkeitsbereich von Darquier de Pellepoix übertragen haben¹¹⁸.

Die überstürzte Einführung des Judensterns im besetzten Frankreich im Frühsommer 1942 geht damit ebenfalls auf eine persönliche Initiative des deutschen Botschafters zurück. Ihre Bedeutung ist nicht zu unterschätzen, denn es handelte sich hier um eine Maßnahme, welche die Unterscheidung zwischen französischen und nichtfranzösischen Juden endgültig aufhob und damit als Vorbereitung für die weiteren Deportationen verstanden werden kann, die auch französische Juden betreffen sollten. Mit dieser Verordnung änderte sich das Straßenbild beträchtlich – spätestens jetzt waren die Opfer der Judenverfolgung deutlich erkennbar. Dies löste einen Schock unter der jüdischen wie nichtjüdischen Bevölkerung aus und führte neben einem verstärkten jüdischen Eintritt in den Widerstand und der Weigerung, den Stern zu tragen, auch zu Solidaritätsbekundungen von einigen Nichtjuden, die sich den Stern an den Mantel hefteten¹¹⁹.

Die Rolle der Botschaft bei der Verfolgung der Juden in Frankreich konzentrierte sich in den folgenden Monaten auf die Frage der Miteinbeziehung bzw. Ausklammerung von ausländischen Juden. Tatsächlich wurde sie zu einem zentralen Aspekt in der deutsch-französischen Kollaboration auf diesem Gebiet. Die französische Regierung war nämlich nur zur Mitarbeit bereit, solange es sich nicht um die Deportation von französischen Juden handelte; dies umso mehr, als der hauptsächlich vom amerikanischen Vertreter in Vichy und der katholischen Kirche ausgeübte Druck, aber auch die ablehnende Haltung der französischen Bevölkerung ab Sommer 1942 stärker wurden¹²⁰. Abetz verlangte daraufhin, die Deportationen zunächst auf alle ausländischen Juden zu konzentrieren, da diese „im Vergleich zu den alten französischen Juden in noch viel stärkerem Maße als Fremdkörper empfunden“ würden und über ihre Befreiung vom Tragen des Judensternes „eine starke Mißstimmung entstanden war“¹²¹. Im Hinblick auf die

¹¹⁷ Lischka an Botschaft, 21. 5. 1942, in: CDJC, XLI-2, sowie Botschaft an das Auswärtige Amt, 5. 6. 1942, in: CDJC, DXXI-1166.

¹¹⁸ Vgl. Marrus/Paxton, Vichy, S. 333.

¹¹⁹ Vgl. Poznanski, Juifs, S. 294.

¹²⁰ Vgl. Protokolle der Sitzungen des französischen Ministerrats, so etwa vom 26. 6. 1942, in: Archives Nationales Paris, 72 AJ 249, dossier Conseil des Ministres 1942, auf welcher Laval nochmals die Notwendigkeit einer Unterscheidung zwischen französischen und ausländischen Juden betonte, um hinzuzufügen, dass der Regierungschef und seine Minister ihre Bemühungen „verdoppeln“ müssten, um die Interessen Frankreichs zu verteidigen. Zur Frage der kirchlichen Interventionen vgl. auch Serge Klarsfeld, Vichy-Auschwitz, Paris 2001, S. 175 ff. (auf deutsch unter dem Titel: Vichy-Auschwitz: die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Behörden bei der „Endlösung der Judenfrage“ in Frankreich, Nördlingen 1989), sowie Renée Bédarida, Les catholiques dans la guerre, 1939–1945, Paris 1998, S. 163–183.

¹²¹ Abetz an Auswärtiges Amt, 2. 7. 1942, in: PA-AA, R 29594 (MF 318).

deutliche Zurückhaltung des Auswärtigen Amtes in dieser Frage schlug er vor, dieses solle an alle „verbündeten und befreundeten“ Regierungen herantreten, um ihr Placet zur Gleichbehandlung und ansonsten zur Evakuierung der betroffenen Juden einzuholen. Angesichts des zehn Tage zuvor von Eichmann angekündigten Abtransportes von 40.000 Juden aus Frankreich nach Auschwitz¹²² sei dies dringend notwendig, weil „insbesondere die französische Arbeiterbevölkerung“ nicht verstehe, „dass italienische, ungarische, spanische und rumänische Juden weiter in Frankreich verblieben, wenn die seit mehreren Generationen in Frankreich lebenden Juden entfernt“ würden. Diese Haltung sei umso verständlicher, „wenn man weiß, daß die verantwortlichen Urheber einer Reihe von jüdischen Terror- und Sabotageaktionen gerade ausländische Juden gewesen sind“. In einem zweiten Telegramm stellte der Botschafter unter anderem klar, dass „mit einem solchen Vorgehen“ dem französischen Juden „keineswegs eine privilegierte Stellung eingeräumt“ werden solle, „da er im Zuge der Freimachung der europäischen Länder vom Judentum auf alle Fälle ebenfalls verschwinden muß, was darin schon zum Ausdruck kommt, dass auf alle Fälle in dem angegebenen Kontingent eine gewisse Anzahl von französischen Juden erfasst wird“¹²³. Trotz Luthers Antwort vom 10. Juli, wonach ein „vordringlicher Abtransport fremdländischer Juden in Frankreich zur Zeit“ noch nicht möglich sei¹²⁴, fand man in Paris dank der Mithilfe René Bousquets eine Lösung, die zunächst in einer im Großraum Paris durchgeführten Razzia bestand: Am 16. Juli 1942 wurden ungefähr 13.000 hauptsächlich staatenlose Juden festgenommen¹²⁵. Am 11. August schließlich meldete die Botschaft nach Berlin, die Vichy-Regierung sei nun bereit, „mit der Auslieferung staatenloser Juden aus dem unbesetzten Gebiet zu beginnen“. Weitere staatenlose Juden sollten interniert und „laufend zum Zwecke des Abtransports nach Auschwitz“ überstellt werden. Was die Gesamtzahl betreffe, so spreche man „von etwa 30.000“¹²⁶. Im Auswärtigen Amt reagierte man auf diese Meldung überrascht. Luther verlangte genauere Informationen über die mit der französischen Regierung geführten Verhandlungen, welche ihm die Botschaft nicht liefern konnte. Diese wandte sich an den SD, der nun seinerseits vermutete, dass sich das Auswärtige Amt möglicherweise übergangen fühlte, und deswegen beim RSHA in Berlin eine Fühlungnahme mit der Wilhelmstrasse anregte. Tatsächlich wurden die diesbezüglichen Verhandlungen ja direkt zwischen der deutschen

¹²² Eichmann an Auswärtiges Amt, 22. 6. 1942, in: ADAP, E/III, Nr. 26.

¹²³ Abetz an Auswärtiges Amt, 2. 7. 1942, in: PA-AA, R 100869 bzw. ADAP, Serie E, Band III, Dok. 58.

¹²⁴ Luther an die Botschaft, 10. 7. 1942, in: CDJC, CXX-34. Das Auswärtige Amt ersuchte aber am 29. 7. in seiner positiven Stellungnahme zu Eichmanns Schnellbrief vom 22. 6., zunächst vor allem auf staatenlose Juden zurückzugreifen (ADAP, Serie E, Band III, Göttingen 1974, Dok. 141).

¹²⁵ Vgl. auch Billig, Achenbach, S. 59. Knochen hatte sich vor Besprechungen mit Oberg und René Bousquet am 2. 7. über den Standpunkt der Botschaft informiert und sich die beiden erwähnten Telegramme von Abetz vom selben Tag besorgt. Vgl. Aufzeichnung Zeitschels für Knochen, 2. 7. 1942, in: CDJC, XLIXa-41.

¹²⁶ Feihl (Dt. Botschaft) an Auswärtiges Amt, 11. 8. 1942, in: PA-AA, R 100867.

und der französischen Polizei geführt¹²⁷. Parallel dazu verfasste Zeitschel einen Bericht, der unterstrich, dass die französische Regierung die internierten Juden freiwillig zur Verfügung stellte¹²⁸.

Die Frage des „Nationalitätenproblems“ beschäftigte die Dienststelle des SD weiterhin und führte zu beträchtlichen Spannungen. Wie ein interner Bericht vom 1. September vermerkte, seien „verschiedene Staaten [...] nunmehr frech geworden und woll[t]en die Juden ihrer Staatsangehörigkeit von allen zukünftigen Maßnahmen gegen Juden ausgenommen wissen ...!“¹²⁹ Abetz wies auch seinerseits nochmals ausdrücklich darauf hin, dass die Nichterfassung ausländischer Juden einen „Stimmungsumschwung“ in der Bevölkerung erzeugt habe und die Umsetzung der deutschen Verordnungen erschwere, „da in jedem Einzelfalle erst die Staatsangehörigkeit der Juden festgestellt werden“ müsse „und dieselben in den letzten Wochen in großem Umfang versuchen, die Staatsangehörigkeit derjenigen Staaten zu erwerben, die von der Kennzeichnung ausgenommen sind“¹³⁰. Nach immer stärker werdenden Konflikten zwischen dem SD und vor allem dem italienischen Generalkonsul schlug Abetz neuerlich vor, den jeweiligen Staaten nahe zu legen, „ihre jüdischen Staatsangehörigen bis zum 31. Dezember 1942 aus Frankreich zu entfernen und den SD zu ermächtigen, bereits jetzt eine Verordnung zu erlassen, dass ab 1. Januar 1943 alle Juden ohne irgendwelche Ausnahme der Kennzeichnung und sämtlichen bisher erlassenen und kommenden Verordnungen unterliegen“. Eine Woche später lieferte Abetz genauere Zahlen über die betroffenen Juden: Demnach hielten sich in Paris 500 italienische, 3790 rumänische, 1570 ungarische, 3046 türkische, 1416 griechische, sowie eine unbekannte Zahl an spanischen und bulgarischen Juden auf. Abetz: „Sie benehmen sich [...] immer anmaßender.“¹³¹ Der Vorschlag wurde von Luther an Ribbentrop weitergegeben¹³², der daraufhin entschied, dass die Evakuierung der Juden aus den „verschiedensten Ländern Europas“ tatsächlich zu „beschleunigen“ sei und dass die betroffenen Regierungen dabei um Mithilfe gebeten werden sollten¹³³. Auf diese Weise wurde in den folgenden Wochen eine beträchtliche Zahl an Juden von ihren diplomatischen Vertretungen „freigegeben“; verhältnismäßig wenige wurden tatsächlich repatriert¹³⁴. In einigen Fällen dauerte der Vorgang allerdings mehr als ein Jahr: So etwa im Falle der türkischen Juden, die bis

¹²⁷ Vgl. Klarsfeld, Vichy-Auschwitz, S. 95–102.

¹²⁸ Luther an die Botschaft, 22. 8. 1942, in: ADAP, Serie E, Band III, Anm. zu Dok. Nr. 178; Notiz Röthkes für Knochen u.a. bezugnehmend auf einen Bericht Zeitschels, 29. 8. 1942, in: CDJC, XXVb-144, sowie Billig, Achenbach, S. 61.

¹²⁹ Aufzeichnung „H. Ahnert!“, ohne Unterschrift, vom 1. 9. 1942, in: CDJC, VI–194. Hervorhebung im Original.

¹³⁰ Abetz an Auswärtiges Amt, 7. 9. 1942, in: PA-AA, R 100867.

¹³¹ Abetz an Auswärtiges Amt, 15. 9. 1942, in: PA-AA, R 100867.

¹³² Aufzeichnung Luthers, 19. 9. 1942, in: ADAP, Serie E, Band III, Dok. 298.

¹³³ Aufzeichnung Luthers, 24. 9. 1942, in: Ebenda, sowie Sonnleithner an Luther, 3. 10. 1940, in: PA-AA, R 100867. Eine erste Antwort in diesem Sinne sandte Luther bereits am 22. 9. an die Botschaft, in: PA-AA, R 100867.

¹³⁴ Für genauere Details vgl. Lambauer, Abetz, S. 561.

Januar 1944 aus der ehemals besetzten Zone und bis Mai 1944 aus der Südzone in die Türkei zurückgeführt wurden¹³⁵.

Die Deportationen nach Auschwitz kamen im September 1942 nahezu zum Stillstand. Die Mitarbeit der französischen Regierung hatte sehr stark nachgelassen; in der französischen Bevölkerung hatte vor allem der Abtransport von Kindern, die von ihren zuvor nach Auschwitz geschickten Eltern getrennt worden waren bzw. deren Eltern sich geweigert hatten, sie mitzunehmen, sehr starke Betroffenheit ausgelöst¹³⁶. Am 16. September beklagte sich Zeitschel nach der traditionellen Dienstagssitzung beim Judenreferat des SD, dass bis zum Vortage 32.000 Juden deportiert worden waren und dass „von den 12.000 staatenlosen Juden aus dem unbesetzten Gebiet nur 7000 überstellt worden sind“¹³⁷. Wenn für den laufenden Monat noch täglich Züge für jeweils 1000 Juden zur Verfügung stünden, so müsste deren Zahl für Oktober reduziert werden, „da die französischen Maßnahmen im unbesetzten Gebiet, besonders nach den bekannten Hirtenbriefen und Predigten von verschiedenen Kanzeln [des] katholischen Klerus sowie [der] Einmischung der amerikanischen Vertretung in Paris und des englischen Rundfunks in London, nur mehr kläglich durchgeführt werden, sodaß die Anzahl von Juden, mit der ursprünglich gerechnet worden ist, nicht zur Verfügung steht“. Abetz verfolgte die vom katholischen Klerus und der amerikanischen Vertretung in Vichy erhobenen Proteste sehr aufmerksam und versuchte, ihnen bei Laval entgegenzuwirken und ihre Wichtigkeit Berlin gegenüber abzuschwächen¹³⁸. Der amerikanisch-englische Vorstoß in Nordafrika am 8. November 1942 und die darauffolgende Besetzung der Südzone durch die Wehrmacht veränderten die Situation nachhaltig. Was aber den deutschen Botschafter in Paris anbelangt, so wurde er Ende November nach Berlin berufen und kehrte erst ein Jahr später nach Paris zurück. Seine Position war ab diesem Zeitpunkt deutlich geschwächt, sein Verhältnis zu Ribbentrop sehr belastet.

Zusammenfassend muss also nochmals betont werden, dass die deutsche Botschaft in den ersten beiden Besatzungsjahren eine zentrale Rolle bei der Auslösung und Intensivierung der Verfolgung der Juden in Frankreich spielte. Es waren weder die deutsche Militärverwaltung noch Vertreter des Reichssicherheitshauptamtes in Paris, die zu einer raschen Einleitung von antisemitischen Maßnahmen drängten. Und selbst in Berlin schien man zunächst zurückhaltend. Erst mit der von Abetz angeregten Einschaltung der französischen Regierung und ihrer Behörden in der besetzten Zone ging man zu einer aktiveren Haltung über. Man mag sich über die Motive des vor allem als frankophil bekannten Botschafters Fragen stellen, mit dessen Namen man allzu oft nur die deutsch-französische

¹³⁵ Abetz an Auswärtiges Amt, 10. 6. 1944, in: PA-AA, R 100867.

¹³⁶ Vgl. Pierre Laborie, *L'opinion française sous Vichy*, Paris 2001, S. 282.

¹³⁷ Aufzeichnung Zeitschels, 16. 9. 1942, in: CDJC, LXXI-106. Zu den Opferzahlen der Deportationen vgl. Klarsfeld, *Vichy-Auschwitz*, S. 10.

¹³⁸ Telegramme von Abetz an das Auswärtige Amt, 28. und 31. 8. 1942, in: ADAP, Serie E, Band III, Dok. 242 und Dok. 247; 2. 9. 1942, in: PA-AA, R 29594 (MF 320); 15. 9. 1942, in: PA-AA, R 100867.

Zusammenarbeit im kulturellen Bereich assoziiert. Immerhin merkt Robert Wistrich in seinem *Who's Who in Nazi Germany* an, dass Abetz' frühzeitiger Tod bei einem mysteriösen Autounfall 1958 ein Racheakt für seine Rolle bei der Auslösung der Deportationen gewesen sein könnte¹³⁹. Während seines Prozesses im Juli 1949 vor dem Pariser Militärtribunal begründete der ehemalige Botschafter seinen Eifer damit, dass die Kriegsschuld seiner Meinung nach bei den Juden gelegen hatte¹⁴⁰. Im Übrigen aber habe er sie mit seinen Vorschlägen vor schlimmerem Unheil schützen wollen; eine Behauptung, der man angesichts der beschriebenen Vorgänge freilich nur schwer folgen kann, bei der sich Abetz aber auf die im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern verhältnismäßig geringeren Opferzahlen Frankreichs stützen konnte¹⁴¹.

Aber war Abetz tatsächlich ein Antisemit? Mehrere seiner Bekannten aus den dreißiger Jahren haben dies nach 1945 verneint¹⁴². Er scheint vielmehr das Profil eines politischen Opportunisten zu haben, der sich nach dem Beispiel seiner eigenen deutsch-französischen Ehe einen Zusammenschluss zwischen „seinem“ (Nazi)-Deutschland und einem geeigneten (von ihm mitgestalteten) Frankreich wünschte und dazu einen sehr aktiven Beitrag leisten wollte. Um seine Position gegenüber den deutschen Stellen wahren zu können (in keinem anderen besetzten Land spielte der deutsche diplomatische Vertreter vor 1942 eine vergleichbare Rolle), war er auch bereit, sich bei der Verfolgung der Juden zu exponieren. In diesem Sinne kann man auch Wolfgang Seibel zustimmen, wenn er feststellt, dass es keines unbedingten Antisemitismus' bedurfte, um zum effizienten Akteur auf dem Gebiet der Judenverfolgung zu werden, und dass das Zusammenspiel verschiedener, oft miteinander konkurrierender Kräfte viel weitgehendere Resultate zeigen konnte, als eine übergeordnete deutsche „Monopol-Stelle“ sie wahrscheinlich hätte erzielen können¹⁴³. Abetz hatte seit Beginn seines deutsch-fran-

¹³⁹ Vgl. Robert S. Wistrich, *Wer war wer im Dritten Reich*, Frankfurt 1993, Eintrag Abetz.

¹⁴⁰ Archives de la Bibliothèque de documentation internationale contemporaine, Universität Paris X (Nanterre), Protokoll des Prozesses gegen Otto Abetz, Gerichtsverhandlung vom 15. 7. 1949.

¹⁴¹ Vgl. Wolfgang Benz (Hrsg.), *Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*, München 1996, zu Frankreich und Belgien Juliane Wetzel, S. 105–136 sowie zu den Niederlanden Gerhard Hirschfeld, S. 137–166. Unter der Leitung von Wolfgang Seibel beschäftigt sich ein Forschungsprojekt an der Universität Konstanz mit den Interdependenzen von polykratischen Strukturen während der deutschen Besatzung in Frankreich, Belgien und den Niederlanden und den sehr unterschiedlichen dortigen „Verfolgungs- und Vernichtungskapazitäten“. Die Deportationsrate betrug in Frankreich 25 Prozent, in Belgien 43 Prozent und in den Niederlanden 76 Prozent. Titel des Projekts: „Holocaust und Polykratie in Westeuropa, 1940–1944“. Eine Veröffentlichung der Forschungsergebnisse ist in Vorbereitung; eine allgemeine Beschreibung findet sich auf <http://www.uni-konstanz.de/FuF/Verwiss/Seibel/Forschung/holocaust.htm>.

¹⁴² Vgl. André Weil-Curiel, *Eclipse en France*, Paris (Myrthe) 1946, S. 122–127; Alfred Silbert, Protokoll zum Abetz-Prozess, in: Archives de la Bibliothèque de documentation internationale contemporaine, Nanterre, Zeugenaussage vom 19. 7. 1949.

¹⁴³ Vgl. Wolfgang Seibel, *A Market of Mass Crime? Inter-institutional Competition and the Initiation of the Holocaust in France, 1940–1942*, in: *International Journal of Organization Theory and Behavior*, Band 5, Nr. 3-4, 2002, S. 219–257.

zösischen Engagements wiederholt eine starke Anpassungsfähigkeit bewiesen. Nach 1940 schien es ihm opportun, auf Antisemitismus zu setzen – auch in den Propaganda-Kampagnen, die seine Informations-Abteilung ausbrütete und koordinierte. Der Botschafter sah hier offensichtlich eine Gelegenheit, die Gunst des „Führers“ zu gewinnen, obwohl die Frage in keiner Weise in seinen Zuständigkeitsbereich fiel. Ohne Zweifel fühlte sich Abetz an das Gespräch mit Hitler Anfang August 1940 gebunden; und schließlich spielte wohl auch eine gewisse Faszination, die vom Diktator ausging, eine Rolle.

Die deutsche Verfolgungspolitik gegen die jüdische Bevölkerung in Frankreich ging damit auf einen als Frankreich- und Kultur-Liebhaber bekannten Botschafter zurück, von dem eine Schweizer Zeitung Ende der vierziger Jahre schrieb: „Auch er verstand sich darauf, den Schmutz, der sich tagsüber durch die Arbeit für das Gewaltregime der Nazis an seine Hände geheftet hatte, abends mit wohlriechender Seife abzuwaschen und mit einem Biedermannsgesicht vor ahnungslose Ausländer zu treten, um ihnen seine humane Gesinnung auseinanderzusetzen.“¹⁴⁴

¹⁴⁴ Neue Zürcher Zeitung, 13. 7. 1949, anlässlich des Prozessbeginns gegen Otto Abetz vor dem Pariser Militärgerichtshof, in: Zeitungsarchiv des Instituts für Zeitgeschichte, München, Dossier Abetz.